Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 M.: durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,— Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Stellenanzeigen und Nachweisungen 20 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 60. Freitag, den 21. März 1919. 45. Jahrg.

Die vorläufige Verfassung Preußens.

Von Dr. Walther Schreiber-Halle,
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Es liegt im Wesen von Revolutionen, daß sie nicht nur die Inhaber der Staatsgewalt beseitigen, sondern auch die gesetzlichen Grundlagen, denen diese ihre Herrschaft verdankten. So haben die Novemberstürme des vorigen Jahres auch die Verfassung hinweggefegt, die das preußische Volk vor nahezu 70 Jahren nicht als Erfüllung aller Hoffnungen, aber als wesentlichen Fortschritt seiner politischen Entwicklung in jahrelangen heißen Kämpfen erstritten hatte. Kein Zweifel, mochte die oktroyierte Verfassung von 1850 noch so viele Mängel haben, einer der größten war es sicherlich, daß die guten und echt freiheitlich-demokratischen Grundsätze, die in ihr nicht fehlten, nicht immer in dem Geiste verstanden wurden und Anwendung fanden, der ihrem Wesen entsprach. Das war vielleicht der Hauptgrund, weshalb sie eines Tages ganz und gewaltsam verschwinden mußte, statt sich organisch weiter zu bilden entsprechend den Bedürfnissen der nicht rastenden Entwicklung.

Reichlich vier Monate nach Ausbruch der Revolution schickt sich Preußen nun endlich an, seinen Bürgern eine neue Verfassung zu geben. Man kann nicht sagen, daß die gegenwärtige preußische Regierung sich besonders beeilt hätte, ihre Pflicht auf diesem Gebiete zu erfüllen. Freilich soll nicht verkannt werden, daß die Verfassung Preußens nicht unwesentlich beeinflußt werden muß von dem Staatsgrundgesetz, das in Weimar für das Reich beschlossen werden wird. Das schließt aber nicht aus, daß der gesetzlose Zustand schleunigst beseitigt werden muß, der gegenwärtig in Preußen besteht. Leitet doch die vorläufige Regierung ihre Befugnis noch immer lediglich aus dem Rechte der Revolution her, und das kann nicht ewig währen. Eines der Ziele der Revolution war es ja, alle Souveränität auf das Volk zu übertragen. Das souveräne Volk hat gesprochen, die Landesversammlung ist seit geraumer Zeit gewählt und damit ist sie die alleinige Quelle des Rechts, und es gibt kein Recht mehr, das aus der Revolution heraus geschöpft werden könnte.

Dieser Schlage will die vorläufige Regierung Rechnung tragen durch den Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen, dessen Zweck es lediglich ist, die Grundlagen zu schaffen für die Bildung einer gesetzmäßigen Regierung, um damit bis zur Annahme der neuen Verfassung die Leere auszufüllen, die durch die Aufhebung der alten entstanden ist. Diesem vorläufigen Charakter der Notverfassung entsprechend, beschränkt sich die Vorlage auf einige wenige Vorschriften, deren bedeutungsvollste diejenige ist, die dem Präsidenten der Landesversammlung an Stelle eines besonderen Staatspräsidenten die Befugnis einräumt, die Regierung zu berufen. Um diese Bestimmung werden sich bei den jetzt beginnenden Kommissionsberatungen die lebhaftesten Auseinandersetzungen drehen. Würde doch die Annahme dieses Regierungsvorschlags einen Teil der exekutiven Gewalt und damit eine Macht in die Hand des Parlamentspräsidenten legen, die seinem Amte sonst vollkommen fremd ist. Dagegen bestehen nicht unerhebliche Bedenken. Der Parlamentspräsident pflegt jedenfalls nicht gewählt zu werden mit Rücksicht auf seine besondere staatsmännische Befähigung, sondern mit Rücksicht auf seine besondere parlamentarische Erfahrung und seine Gewandtheit in der Leitung parlamentarischer Geschäfte. Mag er auch, um den Willen zur Unparteilichkeit nach außen hin recht deutlich in Erscheinung treten zu lassen, aus seiner Fraktion ausscheiden, der Parlamentspräsident bleibt doch der Ausdruck einer ganz bestimmten parlamentarischen Konstellation. Das ist die Ursache, weshalb seine Person nicht die Gewähr dafür bietet, daß er die Unparteilichkeit, die er bei der Leitung der parlamentarischen Verhandlungen üben mag, auch dann bestätigen wird, wenn es sich um einen Staatsakt handelt, der, wie die Berufung eines Ministeriums, die Interessen seiner Partei in ungleich höherem Maße berührt, als das bei der Leitung der parlamentarischen Geschäfte der Fall ist.

Parlamentarische Konstellationen, und damit in Zukunft die Bildung der Ministerien, unterliegen bisweilen einem schnellen Wechsel, aber eine Änderung in der Besetzung des Präsidentenamtes ist damit nicht verbunden. Schon daraus müßten unerfreuliche Konflikte sich ergeben. Es ist aber vor allem im Interesse des Volkes notwendig, daß eine Instanz geschaffen wird, die gegebenenfalls die Rechte des Volkes gegenüber dem Parlament vertritt. Dazu ist der Präsident der gesetzgebenden Körperschaft nicht geeignet; denn er hat unter allen Umständen deren Interessen zu wahren. Was soll also geschehen, wenn dem Präsidenten z. B. die Bildung eines Ministeriums nicht gelingt, weil das Haus in seiner Zusammensetzung eine arbeitsfähige Mehrheit nicht erzielt? Dann muß im Interesse des Volkes die Möglichkeit gegeben sein, das Haus aufzulösen, um eine andere Zusammensetzung desselben herbeizuführen. Dazu bedarf es einer außerhalb des Parlaments stehenden Exekutivgewalt, die eine stetige ist und das Parlament überdauert.

Aus diesen und mancherlei anderen Gründen wird die von der Regierung vorgeschlagene Regelung von verschiedenen Seiten Widerspruch erfahren. Bedenklich würde es aber sein, die Exekutivgewalt, wie es die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei wünschen, in die Hände eines besonderen Staatspräsidenten für Preußen zu legen. Die Schaffung eines solchen Staatspräsidenten würde die Gefahr begründen, daß auch die anderen Bundesstaaten, dem preußischen Beispiel folgend, sich besondere Präsidenten erwählen, und wir würden als Ergebnis einer solchen Politik an Stelle der mehr als 20 Monarchen ebensoviel Präsidenten haben, die ebenso eifersüchtig wie jene über ihre Prärogative wachen würden, und dadurch zu einem wesentlichen Hindernis werden müßten auf dem Wege zum deutschen Einheitsstaat, der doch einmal kommen muß, auch wenn die Kraft der Revolution nicht stark genug sein sollte, ihn schon jetzt durchzusetzen.

Um diese Bedenken zu beseitigen, wird es notwendig sein, an Stelle eines Staatspräsidenten eine Stelle zu schaffen, die frei von staats- und völkerrechtlichen Befugnissen einen lediglich administrativen Charakter haben dürfte und für deren Inhaber man den schlichten Namen eines Landeshauptmanns oder Landesmeisters von Preußen wählen könnte. Das wäre der Weg, auf dem sich die Absicht der Regierungsvorlage, den Weg zur deutschen Einheitlichkeit offen zu halten, vereinigen läßt mit der Notwendigkeit, eine Stelle zu schaffen, die eine stetige Führung der Staatsverwaltung verbürgt.

Neueste Nachrichten.

Wichtige Beschlüsse der Sozialisierungskommission.

Berlin, 20. März. (Priv.-Telegr.) Die Sozialisierungskommission hat der Reichsregierung den Entwurf eines Rahmengesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben überreicht, nach welchem den Gemeinden das Recht der Kommunalisierung für eine Reihe von Wirtschaftszweigen zugesprochen wird, ohne an staatliche Genehmigung gebunden zu sein. Die Ausübung dieses Rechts ist an die Genehmigung der Landeszentralbehörde geknüpft, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen und zu weitgehende Beschlüsse der Gemeinden zu verhindern. Solange eine einheitliche Regelung durch das Reich noch aussteht, soll das zur Durchführung der Kommunalisierung erforderliche Enteignungsrecht gegen Entschädigung den Gemeinden verliehen werden.

Englische Volksstimmen.

Amsterdam, 20. März. (Priv.-Tel.) Bei der Beratung der Finanzlage im englischen Unterhaus wurde in der Debatte von verschiedenen Rednern Aufhebung der Blockade gefordert. Nur ein guter Außenhandel könne die traurige Finanzlage bessern. Deutschland sei für viele Artikel der beste Abnehmer.

Die Rote Garde auf dem Marsche!

London, 20. März. Das Reuter-Büro erfährt, daß nach amtlichen Berichten, die in London eingetroffen sind, die Lage in Odessa kritisch ist. Die Nachricht, daß die Stadt tatsächlich von den Alliierten geräumt wurde, wurde bisher weder bestätigt, noch dementiert.

Abbruch der Posener Verhandlungen.

Berlin, 20. März. Der Abbruch der Posener Verhandlungen wurde von seiten der Entente in einer in französischer Sprache abgefaßten Note mitgeteilt, in der der Standpunkt der Alliierten ausführlich dargelegt wird. Der authentische deutsche Wortlaut dieser Note wird von der Waffenstillstandskommission morgen vormittag veröffentlicht werden.

Berlin, 20. März. (Priv.-Telegr.) Zum Abbruch der Verhandlungen in Posen äußert die „Deutsche Allgem. Ztg.“: Wenn es auch der Chef der Interalliierten Kommission, der französische Botschafter Noulens, war, der den Abbruch aussprach, so kommt doch auch darin zum Ausdruck, daß der eigentliche Grund in der Weigerung der deutschen Waffenstillstandskommission und der Obersten Heeresleitung zu suchen ist, über die Grenze der mit deutscher Ehre zu vereinbarenden Zugeständnisse hinauszugehen.

General v. Armin totgesagt.

Amsterdam, 20. März. Englische wie französische Blätter enthalten die Meldung, daß General Sixt von Armin, der im März 1918 die 5. deutsche Armee beschligte, in Asch ermordet worden sei.

Ankunft schwerverletzter deutscher Kriegsgefangener.

Köln, 20. März. (Priv.-Tel.) Wie die „Köln. Ztg.“ meldet, ist gestern mittag ein weiterer englischer Transport von 300 schwerverwundeten deutschen Kriegsgefangenen angekommen. In zwei Lazarettzügen wurden sie nach Hannover weitergeleitet.

Preußische Nationalversammlung.

Berlin, 19. März.

In der heutigen Sitzung der preußischen Landesversammlung wurde der Antrag Hoffmann (Unabh.) auf Aufhebung des Belagerungszustandes in einfacher, der Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission, bestehend aus Mitgliedern der Landesversammlung und des Volksrates, in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 342 Stimmen abgelehnt. Stürmische Heiterkeit erregte, daß Hoffmann selbst, in das Studium von Akten vertieft, gegen seinen eigenen Antrag stimmte. Der Antrag der Mehrheitssozialisten auf Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern, die gemäß Artikel 82 der alten Verfassung die Ursachen und den Verlauf der Berliner Märzunruhen feststellen soll, wird einstimmig angenommen.

Hierauf kam ein deutschnationaler Antrag zur Besprechung, den Abg. Dr. von Kries begründet.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung hat alles versucht, um die **als Geiseln von den Polen zurückgehaltenen Abgeordneten zu befreien.** Leider erfolglos. Auch unser Ersuchen bei der interalliierten Kommission war erfolglos. Wir werden natürlich unsere Bemühungen fortsetzen.

Abg. Wende-Bromberg (Soz.) unterstützt den Antrag.

Abg. Aronsohn (Dem.) legt der Regierung nahe, die Verhandlungen mit dem Osten abzubrechen, wenn sie keine Antwort bekomme.

Abg. Fräulein Poehlmann (D. Vpt.): Zum ersten Male spricht eine Frau von dieser Tribüne. Wir erwarten von der Regierung, daß sie mit der erforderlichen Energie vorgeht, um die zurückgehaltenen Abgeordneten zu befreien.

Abg. Lichtenstein (U. S.) wendet sich gegen die widerrechtliche Zurückhaltung. Diese komme daher, daß gegen führende polnische Persönlichkeiten früher

ganz gleichartige Mittel angewendet wurden.

Abg. Maik (Ztr.) erklärt sich für den Antrag.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Es folgt die zweite Beratung des vorläufigen Verfassungsentwurfes.

Berichterstatter Abg. Dr. Heilbronn (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Die vorgeschlagenen Änderungen lassen die Grundlage des Entwurfes unberührt.

Abg. Heilbronn (Soz.) wendet sich gegen den Antrag der Unabhängigen, wonach die Gesetzgebung durch die Landesversammlung in Übereinstimmung mit der Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte erfolgen soll. Die Ausschußfassung müsse aufrechterhalten bleiben.

Abg. Dr. Am Zehnhoff (Ztr.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag der Unabhängigen, ebenso gegen einen Antrag der Rechten, das Wort „Republik“ in der Verfassung zu streichen.

Abg. Dr. Kähler (Dn.) begrüßt den Antrag auf Streichung des Wortes „Republik“.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Herrn Heilbronn werden die Arbeiter- und Soldatenräte wegen seiner heutigen Stellungnahme gegen sie gründlich den Kopf waschen.

Abg. Dr. Friedberg (Dem.): Das Rätesystem, dieses Berufswahlsystem,

ist eine ganz reaktionäre Einrichtung,

die wir ablehnen. Die Unabhängigen wollen nicht Recht und Gerechtigkeit, sondern daß die brutale Gewalt über dieser Versammlung stehen soll.

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.): Die Einfügung des Rätesystems ist mit einem demokratischen Staatsaufbau unvereinbar. Das Reichsverfassungsrecht können wir der Regierung allerhöchstens im Rahmen der Ausschußbeschlüsse zubilligen.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Heilbronn (Soz.) gegen die Unabhängigen wird § 1 unverändert nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen, ebenso § 2.

Weiterberatung Donnerstag 3 Uhr (außerdem Diätenvorlage und Anträge).

Schluß 7 Uhr.

Die preußische Regierungsbildung.

Die Besprechungen zwischen den Demokraten, den Sozialdemokraten und dem Zentrum über die Bildung eines preußischen Koalitionskabinetts haben am Mittwoch begonnen, sind aber bald abgebrochen und auch auf Donnerstag vertagt worden. Die Schwierigkeiten liegen ausschließlich auf dem Gebiete der Schulpolitik. Eine Annäherung zwischen den Auffassungen des Zentrums und der Sozialdemokraten ist bisher nicht erfolgt. Man glaubt in Zentrumskreisen aber noch, daß die Sozialdemokratie nachgeben werden.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Die Pariser Vorfriedens-Konferenz.

Die voraussichtlichen Bedingungen.

Der als gut unterrichtet geltende Korrespondent der „Daily News“ in Paris, Wöhnte, bestätigt im großen und ganzen die bisher bekannt gewordenen Berichte über die voraussichtlichen Friedensbedingungen, soweit sie sich auf territoriale Fragen beziehen. Wöhnte meint zu wissen, daß Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben werde, daß Frankreich außerdem bedeutende wirtschaftliche Konzessionen im Saartale erhalten, politisch aber das Gebiet bei Deutschland bleiben solle. Die Rheinufer werden entmilitarisiert. Alle Forts und Heeresdepots werden aufgehoben. Die bisher besetzten Gebiete werden autonom erklärt. England und Amerika werden jedoch niemals eine Annektion dieser Gebiete einwilligen. An der deutschen Ostgrenze werden Posen und Teile von Ost- und Westpreußen mit Danzig an Polen fallen. Deutsch-Böhmen bleibe den Tschecho-Slowaken. Trotz des französischen Widerspruchs werde die Konferenz nichts gegen eine Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland einzuwenden haben. Von Schleswig werden zwei Drittel des Gebiets an Dänemark kommen.

Trotz der Bestimmtheit, mit der der Berichterstatter seine Angaben macht, dürften sie bestenfalls den augenblicklichen Stand des Entwurfs widerspiegeln, dem aber vorläufig noch die Zustimmung Wilsons fehlt. Sollten sie diese Zustimmung erhalten, so wäre an die Annahme der Bedingungen durch Deutschland u. E. nicht zu denken.

Den Angaben der „Daily News“ über die polnischen Gebietsfragen ist nach dem „Echo de Paris“ noch die angeblich zuverlässige Einzelheit hinzuzufügen, daß u. a. auch Konitz, Schneidemühl, Birnbaum, Lissa und Krotoschin polnisch werden und daß außer in Masuren auch im Gebiet von Memel eine Volksabstimmung stattfinden soll, ob die Bevölkerung zu Polen bezw. Litauen kommen will. Diesen Behauptungen steht aber eine Meldung des Pariser „New York Herald“ gegenüber, wonach es in dem Bericht der Kommission für die polnischen Ansprüche heiße, daß zwar die polnischen Vorschläge zweifellos sehr gerecht für die Polen seien, aber dennoch ein Hindernis für die Friedensverhandlungen bildeten, besonders wenn sie als ein Präjudiz für die anderen deutschen Grenzregelungen angesehen würden.

Die Frage der deutschen Kolonien wird nach dem „Temps“ vom Vorfriedensvertrag ausgeschieden und dem endgültigen Friedensvertrage vorbehalten.

340 Milliarden Entschädigung allein an Frankreich!

Das „Echo de Paris“ will von einem maßgebenden Finanzier gehört haben, die gesamte Kriegsentschädigung die Deutschland an Frankreich zu zahlen habe, werde 246 Milliarden Mark betragen. Man werde Deutschland eine Frist von 50 Jahren zur Abzahlung zugestehen. Mit Zins und Zinseszins werde die zu zahlende Summe dann 340 Milliarden Mark betragen. Die Abzahlungen sollen in Terminen von 3—4 Jahren geschehen. Die erste Zahlung soll 1924 stattfinden. Man werde Deutschland dann 10 Milliarden zahlen lassen. Der letzte Betrag von 26 Milliarden werde im Jahre 1972 fällig sein. Das „Echo de Paris“ glaubt, daß die Konferenz der Alliierten über diesen Plan beratschlagen werde.

Und dann vermutlich zu dem Ergebnis kommen, daß der Plan von einem Tollhäusler stammt.

Nur annehmen oder ablehnen?

Ein Vorfrieden ohne Debatte?

Berlin, 19. März. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa hat gestern abend folgende Note überreicht:

„Nach englischen Blättermeldungen hat Premierminister Lloyd George erklärt, daß der Friedensvertragsentwurf den Deutschen zugeteilt werde, sobald Präsident Wilson seine Genehmigung gegeben habe. Man werde den Deutschen aber nicht gestatten, über den Entwurf zu debattieren oder irgendwelche Veränderungen an ihm vorzunehmen. Das Datum der Einberufung der deutschen Delegierten hänge von der inneren Lage Deutschlands ab.

Zu derselben Zeit hat der französische Minister des Auswärtigen, Pichon, in der wöchentlichen Pariser Pressekonferenz nach übereinstimmenden Meldungen der französischen Presse erklärt, daß die Alliierten sich in keine Debatte über den Vorfrieden mit den Deutschen einlassen werden. Die Deutschen dürften den Vorfrieden so, wie er ausgearbeitet worden sei, nur annehmen, oder sie könnten ihn auch ablehnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190321-11/fragment/page=0001

Der Reichsminister des Äußern und ich als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission ersuchen um baldige Aufklärung, ob diese Meldungen der englischen und französischen Presse, welche bisher ohne Widerspruch von zuständiger amtlicher Seite geblieben sind.

Reichsminister Erzberger."

Um den Präliminarfrieden.

Aus Paris wird über Holland gemeldet:

Allmählich kommt man zu der Erkenntnis, daß die Arbeit, der Welt eine neue Ordnung zu geben, so groß und umfangreich ist, daß nicht einmal Monate genügen werden und daß zur Regelung mancher Fragen vielleicht Jahre nötig sind. Da die Völker aber nicht warten könnten und sofort einen Frieden brauchen, gewinnt der Gedanke immer mehr an Boden, daß, da nun einmal eine Vereinbarung bezüglich der Bedingungen für Deutschland und eine bezügliche Bundes der fünf Großmächte erreicht worden ist, sofort ein Präliminarfriede abgeschlossen werden kann und muß. Analoge Bedingungen für die anderen Zentralmächte wären in diesem Falle mit Leichtigkeit festzustellen. Das würde den Vorzug haben, daß die weiteren Unterhandlungen in der Kommission des Völkerbundes vorgenommen werden können, statt durch eine Konferenz der alliierten als zutreffend angesehen werden müssen, und ob die alliierten und associierten Mächte nach diesen Meldungen zu verfahren gedenken.

Länder, und daß die Ansprüche aller Länder, die nicht zur Entente gehört haben oder ihr feindlich gegenüberstanden, besser zur Geltung kommen können, wäh für die künftige Ruhe der Welt ein großer Vorteil wäre. Es zeigt sich, daß die Haltung der Italiener gegenüber einer Sonderfriedens der Entente mit Deutschland immer klarer zum Ausdruck kommt. Die Italiener stellen sich sämtlich auf den Standpunkt, daß ihre Interessen genau so wichtig sind wie die der anderen Ententeländer, was diese aber anscheinend nicht anerkennen, indem sie den Frieden mit Deutschland immer mehr mit den Wiedergrund rücken. Italien fürchtet, daß seine Interessen vernachlässigt werden können, wenn der Friede mit Deutschland die Völkerbundverfassung enthalten wird, bevor die italienischen Ansprüche festgestellt worden sind.

Eine bisher unbestätigte Meldung besagt sogar, daß die Italiener mit Ausnahme von Orlando formell in der Sache eines deutschen Sonderfriedens protestieren können. Jnzwischen steht fest, daß sie in den jüngsten Tagen mehrere Versammlungen unbesucht ließen und sich auch von anderen Beratungen ferngehalten haben. Die Versammlung der Premierminister z. B. wurde von Orlando nicht besucht, angeblich weil Italien kein hervorragendes Interesse an dem Frieden mit Deutschland habe. Man wird daher versuchen, in kürzester Frist einen gemeinsamen Präliminarfrieden auf der Basis des Völkerbundes zustande zu bringen, während die Ausarbeitung aller anderen Fragen den Kommissionen des Völkerbundes überlassen wird.

Die Hamburger Seeleute suchen das Ausland an unserer Handelsschiffe zu verhindern.

Ein folgenschwerer Beschluß wurde Mittwoch nachmittag in der Vollversammlung der Seeleute aller Chargen in Hamburg gefaßt. Es handelt sich um die Auslieferung unserer Handelsflotte. Bekanntlich hat die Entente in den Waffenstillstandsverhandlungen geäußert, daß die deutschen Seeleute noch Gelegenheit haben sollen, in den feindlichen Bestimmungshäfen abgemustert werden sollen. Nach zweieinhalbstündiger Verhandlung faßten die im Zirkus Busch versammelten Seeleute folgenden Beschluß:

„Die heutige Vollversammlung der Seeleute aller Chargen verweigert die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Flotte und macht es allen deutschen Seeleuten und Arbeitern zur Pflicht, die Arbeit auf deutschen Schiffen zu verweigern."

Durch diesen Beschluß wird, wenn nicht in letzter Stunde noch eine Meinungsänderung der Seeleute eintritt, die Hoffnung des deutschen Volkes auf eine baldige Versorgung mit Lebensmitteln durch die Alliierten zerstört werden. Der Regierung wird es obliegen, mit dem Aufgebot äußerster Energie den Versuch zu machen, eine Wandlung im Standpunkt der Seeleute durchzusetzen. Die Versammlung war zu ausschließlich beherrscht durch den Deutschen Seemannsbund, der hier in Hamburg besonders stark vertreten ist und durchaus radikal angehaucht ist. Die im Transportarbeiterverband organisierten Seeleute hatten sich bereit erklärt, eine gemischte Urabstimmung von Seeleuten für die Bemannung der Schiffe zu stellen. Bezeichnend für den Geist, der in der Versammlung des deutschen Seemannsbundes herrschte, ist der Ausspruch eines Redners, welcher erklärte, es würde gar nichts schaden, wenn Deutschland von der Entente keine Lebensmittel erhalte. „Dann würden wir von Rußland so gewaltig erstarken! Man müsse sich möglichst schnell mit Rußland befreunden, dann komme der Bolschewismus.

Das Programm der Knechtung Deutschlands in Paris festgelegt.

Aus Paris wird gemeldet: In den Beratungen des Obersten Kriegsrates ist eine vollkommenste Übereinstimmung der Meinungen zutage getreten. Wilson hatte wieder den Vorsitz der amerikanischen Delegierten inne. Clemenceau, Lloyd George, Orlando, Foch, General Dégoutte und die militärischen Sachverständigen des Flotten- und Flugwesens waren ebenfalls anwesend. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der endgültigen Festlegung des Textes der Bedingungen, die Deutschland hinsichtlich des militärischen Flotten- und Flugwesens auferlegt werden sollen. Der vom Redaktionsausschuß der Alliierten verfaßte Text wurde angenommen. Bekanntlich ist darin die Abrüstung Deutschlands vorgesehen, wonach es seine militärische Organisation auf allen Gebieten zwei Monate nach Unterzeichnung der ihm auferlegten Bedingungen anzupassen hat. Die Zahl von 100000 Mann für ein ständiges Heer wird beibehalten; bezüglich des System der freiwilligen Rekrutierung auf 12 Jahre. Abschaffung der Rüstungen, der Kriegsbetriebe, der Kriegsflotte und des Militärflugwesens. In dem Entwurf werden nur Abänderungen von untergeordneter Bedeutung vorgenommen, deren wichtigste in der Vereinfachung der militärischen Hilfsmittel für die Rüstung Deutschlands besteht. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein interalliiertes Militärkommando nach Friedensschluß voraussichtlich nicht fortbestehen werde, und daß einzelne der interalliierten oder assoziierten Mächte auf Grund ihrer Verfassung nicht in der Lage sind, ihre eigenen Rechte an ein internationales Komitee zu übertragen. Der Rat beschäftigte sich auch mit der Frage, ob die endgültigen Bedingungen Deutschland in Form eines Waffenstillstandes oder Präliminarfrieden vorzulegen, daß der Waffenstillstand vom 11. November 1918, der in der Folge mehrfach erneuert wurde, neuerlich auf kurze Zeit zu verlängern sei. Heute scheine es die Meinung zu bestehen, die Friedenspräliminarien zu beschleunigen, als ein weiteres Waffenstillstandsabkommen abzuschließen. Die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen würden dadurch den Charakter größerer Bestimmtheit erlangen. Andererseits werde die Ratifikation durch die Parlamente der Alliierten nötig werden, was eine gewisse Verzögerung bewirken würde. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen worden.

Am Schluß der Sitzung erörterte der Rat die

Lage in Polen

auf Grund des von der interalliierten Mission in Lemberg eingesandten Berichtes. Die Lage in Polen wird immer kritischer, die Bahnverbindung mit Przemysl ist abgeschnitten. Die Ukrainer und Polen sei kritisch und würde vielleicht eine Rückwirkung auf das Kabinett Paderewski ausüben; in der Ukraine sei die Lage ebenfalls ernst. Die Sowjet sollen in letzter Zeit erhebliche Fortschritte gemacht haben. Die polnischen Truppen müssen schleunigst mit Waffen und Munition, sowie durch die Entsendung der in Frankreich befindlichen, von General Waller kommandierten polnischen Divisionen unterstützt werden. Die Frage der Heimbeförderung dieser Divisionen war der Gegenstand eingehender Erörterungen. Die Konferenz scheint mehr und mehr auf Beschleunigung ihrer Arbeiten zu drängen.

Die Möglichkeiten der ersten Lieferungen.

Einer Reutermeldung aus Paris zufolge sind im Hinblick auf die Lieferung der ersten 270000 Tonnen Lebensmittel für Deutschland von den verschiedenen alliierten Regierungen als sofort lieferbar angegeben: Von der britischen Regierung 30000 Tonnen Speck, 10000 Tonnen kondensierte Milch, 20000 Tonnen Pflanzenöl, 2000 Tonnen Margarine, 2000 Tonnen Brotenfett, 35000 Tonnen Reis, 50000 Tonnen Rangunbohnen, 15000 Tonnen Hafermehl, 1000 Tonnen Gersten- und Roggenmehl; von der französischen Regierung Kadeljau, Maniokamehl, 100000 Tonnen Palmkerne, die schätzungsweise 15000 Tonnen Palmöl enthalten; von den Vorräten der amerikanischen Kriegsgesellschaft in Europa 40000 Tonnen Weizenmehl, 20000 Tonnen andere Mehlsorten, 30000 Tonnen Roggen. — Dem „N. Rotterd. Courant" zufolge wird die erste Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in Höhe von 300000 Tonnen innerhalb 20 Tagen geliefert und von Rotterdam aus verschifft.

Zur Lage im Reiche.

Die neuen Steuergesetzentwürfe.

Energische Abbürdung der Reichsschulden. — „Überwiegend direkt."

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die Vorbereitung der neuen Steuern des Reichs ist nunmehr soweit gefördert, daß damit begonnen werden kann, die einzelnen Entwürfe je nach ihrer Fertigstellung dem Staatenausschuß zu überreichen, damit sie möglichst schnell von ihm an die Nationalversammlung gelangen. Das ist um so mehr erstrebenswert, als es dringend erwünscht erscheint, auch in finanzieller Hinsicht die Kriegswirtschaft auszubauen und aus dem Schwebezustand eines überaus stark angespannten Kredits zu einer energischen Abbürdung der Reichsschulden und gerechten Verteilung der Steuerlasten überzugehen. Zunächst werden dem Staatenausschuß die Entwürfe einer Kriegsabgabe für 1919, einer Vermögenszuwachssteuer, einer Kapitalertragssteuer, einer Grundwechselabgabe, einer Vergnügungssteuer, einer Tabaksteuer und einer Spielkartensteuer beschäftigen; zu ihnen wird u. a. der Entwurf einer Erbschaftssteuer in kurzem hinzutreten, weitere Gesetzentwürfe werden allmählich folgen, und das ganze Werk soll durch die große Vermögensabgabe gekrönt werden. Über die Verteilung der steuerlichen Belastung ist, wenn man nach dem voraussichtlichen Ertrage der einzelnen Steuern urteilt, zu sagen, daß sie eine ganz überwiegend direkte sein wird, während die indirekten Abgaben nur eine vergleichsweise geringfügige Rolle spielen werden. Das entspricht den vom Minister Schiffer in seiner bekannten Rede in der Handelskammer vertretenen Plänen, denen sich die damalige provisorische Reichsregierung in ihrer Veröffentlichung vom 31. Dezember 1918 angeschlossen hat.

Die große Vermögensabgabe.

Aus Berlin wird berichtet: Die Krönung des gesamten Steuerprogramms der Regierung soll durch die große Vermögensabgabe erfolgen. Für die Aufstellung des Vermögensstandes ist dabei von besonderer Wichtigkeit der Stichtag, an dem diese Aufstellung erfolgt. Einer Korrespondenzmeldung zufolge sollte der 31. Dezember 1918 als Stichtag in Frage kommen. Dieses hätte für die Aktiengesellschaften, die ja vielfach aus den Erträgnissen des Jahres 1918 höhere Dividendenausschüttungen vorgenommen haben, den Nachteil gehabt, daß der Zweck dieser Ausschüttung, die beabsichtigte Vermögensverminderung, verfehlt wäre. Vielmehr hätten die Gesellschaften in diesem Falle trotz der bereits gemachten hohen Ausschüttungen die Steuern nach dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1918 bezahlen müssen. Wie wir jedoch hören, wird als Stichtag nicht der 31. Dezember 1918 in Frage kommen, sondern ein weit späterer Termin, da man erst eine Beruhigung des gesamten Wirtschaftslebens und damit eine sichere Grundlage für den Vermögensstand abwarten will. Möglicherweise kann sogar erst der 31. Dezember 1919 als Stichtag in Frage kommen.

Wie wir weiter hören, ist der Ertrag der einmaligen Vermögensabgabe mit etwa 40 Milliarden Mark in Rechnung gestellt. Während man bisher glaubte, daß nur die großen Vermögen dazu herangezogen würden, sollen nach den jetzigen Plänen der Regierung auch die kleinen Vermögen mit einer Abgabe von etwa 1 bis 1,5 Prozent beteiligt werden. Diese Abgabe wird sich dann stark progressiv bei den größeren Vermögen steigern. Man wird zur Feststellung des Vermögensstandes das Ergebnis der Veranlagung für Kriegsgewinnsteuern, bezw. für Vermögenszuwachssteuern abwarten. Um eine feste Grundlage für die Vermögensabgabe zu haben. Für die Heranziehung der Aktiengesellschaften verlautet, daß sie mit einem zweckentsprechenden Vorrate aus der privaten Vermögen beteiligt werden sollen. Man könnte die Erfassung des Vermögens der Aktiengesellschaften entweder in der Weise vornehmen, daß die offenen Reservefonds zur Steuer herangezogen werden oder das wirkliche Reinvermögen. Zu diesem Zwecke hätten die Aktiengesellschaften neben ihrer Jahresbilanz eine besondere Steuerbilanz aufzustellen, in der keine versteckten Gewinne aufzuweisen wären.

Keine Sicherheitswehren bestimmter Bevölkerungsklassen

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Die „Freiheit" vom Montag den 17. März veröffentlicht unter der Überschrift „Die Bewaffnung des Bürgertums" ein vertrauliches Zirkular des Bürgertums von Groß-Berlin, in dem es heißt, dieser Bürgerrat sei im Begriffe, „Hand in Hand mit den Regierungsstellen eine bewaffnete Bürgerwehr einzurichten". Die „Freiheit" folgert daraus, die Regierung Scheidemann schaffe bewaffnete Bürgerwehren, während sie gleichzeitig für möglichst restlose Entwaffnung der Arbeiter sorge. — Die Waffenabgabe ist schon vom Rat der Volksbeauftragten angeordnet worden, als die Herren Haase, Barth und Dittmann dazu gehörten. Die jetzige Regierung hat mit allem Nachdruck abgelehnt, ihre Zustimmung zur Schaffung besonderer Bürger-, Studenten- oder Bauernwehren zu erteilen. Auch jetzt erfolgt keine Bildung von Wehren, denen nur Angehörige einer Bevölkerungsklasse angehören. Bei der Bildung von Einwohnerwehren ist in jedem Falle bestimmt, daß alle Bevölkerungsklassen vertreten sein. Wo zum Schutze der Bevölkerung gegen Raub und Plünderung die Einwohner eines Ortes aufgerufen werden, haben die Arbeiter nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die staatspolitische Pflicht, sich zur Verfügung zu stellen.

Verankerung auch der Betriebsräte in der Reichsverfassung.

Die Reichsregierung hat sich eingehend mit der gesetzlichen Festlegung der Betriebsräte befaßt. Auch diese Räte sollen wie die Arbeiterräte in die Verfassung eingefügt werden. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß die Ergebnisse schon in der nächsten Zeit dem Verfassungsausschuß angeboten werden.

Über die künftige Ausgestaltung der Bezirkskommandos

sind, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden. In einer Eingabe der Vereinigung der Bezirksfeldwebel war zwar die Umwandlung der Bezirkskommandos in Wehrämter gewünscht worden, doch hat die Regierung es abgelehnt, schon jetzt endgültige Bestimmungen zu treffen. Die endgültige Regelung dieser Fragen bleibt der Nationalversammlung vorbehalten.

Los von Bayern.

Die Lostrennungsbestrebungen in bayerischen Provinzen nehmen, wie aus München gemeldet wird, ihren Fortgang. Ganz Schwaben ist davon ergriffen und trachtet, sich an Württemberg, die alte schwäbische Stammesheimat, anzuschließen. Groß-Schwaben soll neu erstehen. Auch in Franken hat die Bewegung einen ernsten Charakter angenommen. Der in Nürnberg erscheinende demokratische „Fränkische Kurier" schreibt: Bayern ist das Kunstprodukt aus einer Zeit, in der Fürstenkongresse Länder und Völker verschacherten. München ist eine künstliche Pflanze, gehegt und verhätschelt durch Fürstengunst, zum Nachteil schaffender Städte wie Nürnberg und Augsburg. Seinen Kunst- und Gewerbefleiß verdankt München dem Zuzug aus Franken, Schwaben und dem Reich. Aus dem Münchener Chaos ist die Republik Nordbayern ein einfacher Ausweg. München und Altbayern ist auf uns und das übrige Deutschland angewiesen, nicht umgekehrt. Es wäre nur noch hinzuzufügen, daß auch München eine schaffende Stadt wie Augsburg und Nürnberg geworden ist, aber doch zu seinem Nachteil durch seine Sucht nach Industrialisierung. Sie hat sich als ein Fremdkörper und arger politischer Schädling an dem alten gemütlichen München erhalten. Das mit Gewalt herangezogene Industriekapital ist mit jedem neuen fabrikstolzen München teuer genug zu stehen gekommen.

Politische Übersicht.

Vor dem Generalstreik in England.

Ein Ultimatum der Gewerkschaften.

Der Londoner Korrespondent des „Berliner Tageblatt" schildert die soziale Lage Englands in den düstersten Farben. Der Generalstreik der Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter in ganz England erscheint unabwendbar. Das Ultimatum dieser drei mächtigen Gewerkschaften läuft am nächsten Sonnabend ab. Außer den Bergarbeitern, die die Sozialisierung der Kohlenbergwerke fordern, haben Industrie und die Eisenbahner die Forderung der Sozialisierung der Eisenbahnen gestellt.

Wie der „Corriere della Sera" schreibt, bedrohen die Teil-Ausstände der englischen Bergarbeiter die italienische Kohlenversorgung in gefährlicher Weise. Italien hat einen normalen Kohlenbedarf von 900000 Tonnen monatlich. In diesem Monat können ihm nur 375000 Tonnen angeboten werden, von denen allein 240000 Tonnen für den Betrieb der Eisenbahnen verwendet werden müssen. Zur Bebeburg der Kohlennot hofft man auf Amerika, doch fehlt es vorläufig noch an Schiffsraum, um die Kohlen, für die bereits Lieferungsverträge abgeschlossen sind, transportieren zu können.

Provinz und Umgegend.

† **Magdeburg**, 20. März. Die Frau des Arbeiters Wilhelm Bartsch, Wallstraße 16 II, wurde von munteren Drillingen entbunden; ein allzu reicher Segen in dieser schweren Zeit, zumal das Ehepaar bereits 5 Kinder besitzt.

† **Magdeburg**, 20. März. Heute früh gegen 7½ Uhr wurde die Familie des Kraftwagenführers D. von einem schweren Brandunglück heimgesucht. Beim Nachgießen von Benzol auf einen Benzolofen explodierte der Behälter. Durch das brennenden Benzol gerieten die Kleider der Frau und eines etwa 9 Monate alten Kindes, das die Frau auf dem Arm trug, in Brand. Mutter und Kind wurden mit schweren Brandwunden in hoffnungslosem Zustande dem Sudenburger Krankenhause zugeführt.

† **Gispersleben**, 20. März. Kürzlich wurde einem Schuhmacher ein Paar Schuhe gestohlen. Alle Nachforschungen waren umsonst. Als am Sonntag Tanz war, wurden die Schuhe an den Füßen einer Tanzsitzerin von der Eigentümerin erkannt und mitten im Saal zum Ergötzen der Gäste ausgezogen. Die Diebin mußte auf Strümpfen nach Hause gehen.

† **Dessau**, 20. März. Anhalt ist den anderen Staaten wieder einmal bahnbrechend vorangegangen. Gewissermaßen als Belohnung für die vorbildliche Ruhe und Ordnung, für den Fleiß und die Arbeit, die im ganzen Lande herrschte, während rings ums Land herum der ärgste Terrorismus und wildeste Streik tobte, schenkte die Regierung dem Volke ein Siedlungswerk, wie es noch kein anderer Bundesstaat in Deutschland hat. Das Land für die Siedlung wird den Großgrundbesitzern und Domänenpächtern genommen. Anhalt stellt zu Siedlungszwecken zur Verfügung 13000 Hektar — 52000 Morgen im Werte von 100 Millionen Mark. Als Organe der Siedlungstätigkeit sollen ein Landes-Siedlungsamt und eine gemeinnützige Siedlungsgesellschaft m. b. H. gegründet werden. Die eigentliche Ansiedlungstätigkeit wird die gemeinnützige Siedlungsgesellschaft „Anhaltland" ausüben. Sie soll als gemischtwirtschaftliches Unternehmen in der Form G. m. b. H. ins Leben treten. Bis zur Gründung dieser haben sich die Domänenpächter und die Herzogliche Hofkammer bereit erklärt, bestelltes Kartoffel- und Getreideland an minderbemittelte Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende, Beamte (1 bis 2 Morgen), Handwerker auf dem Lande (bis 4 Morgen) und kleine Landwirte (bis 20 Morgen guten oder 30 Morgen geringeren Boden) pachtweise abzutreten.

† **Sonneberg**, 20. März. Zwischen dem Verband der Thüringer Spielwarenarbeiterinnen (Sonneberg) und dem Verband der Fabrikarbeiter (Spielwarenarbeiterverband) ist ein Tarifvertrag für die Spielwarenindustrie abgeschlossen worden. Der Vertragsdauer hat Geltung bis zum 31. Dezember 1919 mit dreimonatlicher Kündigungsfrist beiderseits, vorausgesetzt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse während dieser Zeit keine erheblichen Verschlechterungen erfahren. Hierüber wird nötigenfalls ein Schiedsgericht zu entscheiden haben.

† **Kahla**, 20. März. Nach einer Vorlage der Siedlungsgesellschaft sollen hier vorläufig 44 Häuser mit 54 Wohnungen zum ungefähren Preis einzel Straßenbau und 750000 M gebaut werden. Was über 140 Prozent des Friedensherstellungspreises hinausgeht, soll zur Hälfte vom Reich, zu ¼ vom Altenburger Staat und zu ¼ von der Stadt getragen werden. Von dem letzten Viertel haben sich die beteiligten Industriellen bereit erklärt, 50000 M zu tragen, so daß die Stadt den angefahren Betrag von reichlich 50000 M selbst zu tragen hätte. Die Stadtverordneten stimmten der Vorlage einstimmig zu.

† **Leipzig**, 20. März. Das frühere königliche Palais in Leipzig als Meßpalast! Manche mögen diese Nachricht für nicht recht glaubhaft halten. Und doch ist sie völlig zutreffend. Wie wir hören, hat Herr Arthur Hennig, der Besitzer des Meßhauses „Reichskanzler" (sinnig „Peterstor") das frühere königliche Palais in der Goethestraße gepachtet, um dasselbe unter dem Namen „Palais Meßhaus" dem Meßmustersagerverkehr dienstbar zu machen. Und so wird bereits zur bevorstehenden Leipziger Frühjahrsmesse an dieser Stätte, wo demals höfischer Ton und Sitte herrschten, sich kommerzielles Treiben abspielen.

† **Leipzig**, 20. März. Der am Ihre 1901 verstorbene Privatmann Friedrich Robert Wagner hatte der Stadtgemeinde ein drei Monate nach dem Ableben seiner Gattin zahlbares Vermächtnis von 100000 M ausgesetzt mit der Bestimmung, daß die jährlichen Zinsen zur Unterstützung in Leipzig wohnhafter Armer verwendet werden sollen. Nachdem die Gattin des Stifters nunmehr gestorben ist, wird der Stadt das Vermächtnis anheimfallen.

Kleine Nachrichten.

In einer Versammlung der Altenburger Gesamtlehrerschaft wurde einstimmig die Bildung eines Lehrerrats beschlossen. — In einem Meininger Hotel wurde eine größere Menge Saccharin. — Der Kartoffelpreis für 7600 M verschieben wollten, beschlagnahmt. — Der Freistaat Reuß ä. L., vor dem Kriege der einzige schuldenfreie Bundesstaat im Deutschen Reiche, legt jetzt eine Anleihe von 6 Millionen Mark auf. — Bei einer Vergnügungsfahrt am Dieltsa, die einige junge Mädchen unternommen hatten, scheuten die Pferde und gingen durch. In ihrem Schrecken sprangen die Mädchen aus dem Wagen, wobei die 18jährige Frieda Heurich so unglücklich stürzte, daß sie auf der Stelle tot war. Ihre Freundinnen sind mit geringen Verletzungen davon gekommen. — In der Prozeßsache der „Sangerhäuser Zeitung" gegen die Stadtgemeinde bezüglich Erstattung der Kosten für den Anschluß an das Jahr ist beim Amtsgericht der Klageanspruch der „Sangerhäuser Ztg." als gerechtfertigt erklärt worden.

Merseburg und Umgegend.

20. März.

** **Landrat Freiherr von Wilmowski** tritt, wie wir erfahren, am 1. April d. J. von seinem Posten als Landrat des Kreises Merseburg zurück und siedelt auf sein Gut bei Eckartsberga über. Die politischen Verhältnisse der Neuzeit dürften die Ursache zu diesem Schritte sein. Über den Nachfolger ist eine Wahl noch nicht erfolgt.

** **Als Kandidaten für die Wahl zur Handelskammer** ist nicht, wie wir gestern versehentlich meldeten, Stadtrat Richard Dietrich, sondern Fabrikbesitzer Robert Dietrich hier ausersehen worden.

** **Zur Arbeiterratswahl.** Im Anzeigenteil macht der Wahlausschuß die Stimmbezirke, Wahllokale und Wahlvorsteher bekannt. Wir bitten, die Bekanntmachung genau zu beachten.

** **Arbeiter- und Privat-Angestellte.** Aus der großen Anzahl der uns zugegangenen Anfragen geht hervor, daß trotz aller Zeitungsnotizen in den Kreisen der Handlungsgehilfen, Techniker, Werkmeister und sonstigen Privat-Angestellten vielfach noch Unklarheit darüber besteht, ob diese Arbeitnehmerschichten bei der am kommenden Sonntag stattfindenden Wahl zum Arbeiterrat wahlberechtigt und wählbar sind. Wir machen deshalb nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Privat-Angestellten, soweit sie 20 Jahre alt sind das Wahlrecht besitzen, sofern das Arbeitseinkommen 10000 M nicht übersteigt. Es ist dringend notwendig, daß die Privat-Angestellten beiderlei Geschlechts restlos an den Wahlen beteiligen. Die Wahlunswelse sind dem Arbeitgeber auszustellen und müssen, worauf besonders hingewiesen sei, handschriftlich unterschrieben sein. Der Stempel genügt nicht allein. Bescheinigungen, die eine Faksimile-Unterschrift aufweisen, gelten als ungültig. Auch diese Vorschrift wolle besonders beachtet werden.

** **Zusatzbrotmarken.** Wie wir bereits gestern mitteilten, werden vom Magistrat Zusatzbrotmarken nicht mehr ausgegeben. Die Schwer- Schwerst- und Rüstungszulagen sind bekanntlich in Wegfall gekommen. Brotzusatzmarken erhalten jetzt nur die Vergarbeiter und bestimmte Eisenbahnangestellte. Diese erhalten die Zusatzmarken durch ihre Dienststelle, die sie im Landratsamt anzufordern hat.

** **Die Erwerbslosenfürsorge** wird, wie von zuständiger Seite verlautet, in den nächsten Tagen durch eine Verordnung im „Reichsanzeiger" zum Teil neu geregelt werden. Danach werden die Erwerbslosen künftighin zur Aufnahme von Arbeit freie Fahrt nach dem Beschäftigungsort auch für die Familienangehörigen erhalten. Die Gemeinde des letzten Wohnortes kann eine Beihilfe zu den Unkosten der Beförderung des Umzugsgutes gewähren. Die Höchstsätze für die Unterstützungen werden höher aufgesetzt, als für Orte, in denen die bisherigen Höchstsätze in einem Mißverhältnis zu den Servisklassen stehen, von den Landeszentralbehörden solche Höchstsätze bis auf das Anderthalbfache erhöht werden können.

** **Die Gebührentage für die vereidigten und öffentlich angestellten Versteigerer** des Regierungsbezirks Merseburg vom 16. März 1903 ist durch Bekanntmachung des Regierungspräsidenten vom 21. Februar d. J. insoweit abgeändert, als die Sätze der Taxe widerruflich und zunächst mit Wirksamkeit bis zum 1. Januar 1920 um 30 Prozent erhöht werden.

** **Eine Bekanntmachung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung in Berlin** (Sonderbeilage zum Regierungs-Amtsblatt vom 13. März d. J.) enthält neue Bestimmungen über Höchstpreise für Weiden, Weidenstöcke, Weidenspitzen, Weidenstruch, Weidenabfall und Kopfweiden. Die Bekanntmachung ist am 12. Februar d. J. in Kraft getreten und hat die über die gleichen Rohstoffe erlassene Bekanntmachung vom 21. September 1918 außer Kraft gesetzt. Wir machen die Interessenten hierauf ganz besonders aufmerksam.

** **Bezahlung der Kriegsbeschädigten.** Die Reichsregierung hat in ihren Verordnungen wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß den Kriegsbeschädigten ihre Militärrente nicht auf ihren Lohn oder ihren Gehalt angerechnet werden soll. Damit soll der leider nicht selten aufgetretene Mißstand behämpft werden, daß Kriegsbeschädigte nur deswegen geringer bezahlt werden als die anderen Arbeiter, weil sie eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190321-11/fragment/page=0002

Militärrente erhalten; die Bezahlung soll vielmehr immer der Leistung entsprechend erfolgen. Die zahlreichen Kriegsbeschädigten, deren Leistungen hinter denen vollwertiger Arbeiter nicht zurückstehen, haben also auch die gleiche Bezahlung wie diese zu beanspruchen, während bei den anderen die Bezahlung entsprechend ihren Leistungen abgestuft werden kann. Irrig ist demnach auch die unter den Arbeitgebern vielfach verbreitete Ansicht, daß Kriegsbeschädigte unter allen Umständen ohne Rücksicht auf ihre Leistungen den gleichen Lohn wie vollwertige Arbeiter erhalten müssen; eine solche falsche Auffassung sollte niemand davon abhalten, Kriegsbeschädigte einzustellen.

** **Streichhölzernot.** Im Laufe des Krieges sind die Streichhölzer immer schlechter und teurer geworden, mitunter verschwanden sie zeitweise aus unerfindlichen Gründen ganz aus dem Verkehr. Das ist auch gegenwärtig oft noch der Fall. In den Geschäften ist zugeben keine Schachtel mehr zu haben, und allenfalls im Straßenhandel oder „hinten herum" kann man eine halbgefüllte für teures Geld erstehen. Früher kostete ein ganzes Paket mit zehn wohlgefüllten Schachteln guter Hölzer 10 ₰. Und jetzt? Es ist einfach lanebhichen! Auch die flachen Schächtelchen, die man in der Bilsetstasche zu tragen pflegte und die noch eben in jedem Zigarrenladen in Mengen zu haben waren, sind verschwunden. Es scheint sich um einen organisierten Wucherschlag zu handeln. Gibt es gegen solche Machenschaften denn wirklich kein Mittel?

** **Eisenbahnverkehr.** Von jetzt ab werden an Geschäftsreisende, Versicherungsinspektoren und Wandergewerbetreibende, die im Besitze des Reiseausweises für Kaufleute, des Personalausweises oder des Wandergewerbescheins mit Lichtbild sind, Fahrkarten ohne Ausfertigung eines Reiseerlaubnisscheins ausgegeben. Ferner wird nachgelassen, daß für andere Reisende, die aus geschäftlichen oder persönlichen Gründen die Eisenbahn oft und regelmäßig benutzen müssen, Dauerreise-Erlaubnisscheine durch die Verkehrsämter ausgefertigt werden. Diese Dauerreise-Erlaubnisscheine müssen mit dem Lichtbild des Inhabers versehen sein. Geschäftsreisende, Versicherungsinspektoren, Wandergewerbetreibende und Inhaber von Dauererlaubnisscheinen haben die Fahrkarten persönlich zu lösen.

** **Erhöhung der Teuerungszulagen.** Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, sollen vom 1. Januar 1919 an die Teuerungszulagen für Beamte erhöht werden. Es erhalten unverheiratete Beamte ohne eigenen Hausstand 1620 ℳ, unverheiratete Beamte mit eigenem Hausstand und verheiratete Beamte ohne Kinder 2040 ℳ, verheiratete Beamte mit einem Kinde 2520 ℳ, mit zwei Kindern 3000 ℳ, mit drei Kindern 3480 ℳ, mit vier Kindern 3960 ℳ, mit fünf Kindern 4440 ℳ gezahlt. Die seit dem 1. Januar gezahlten Kriegsteuerungsbeihilfe werden bei der Nachzahlung angerechnet.

** **Freiwillige vor!** Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, wird in allernächster Zeit der noch bestehende Rest der alten Armee gänzlich aufgelöst. Mit der Bildung einer freiwilligen Reichswehr aus feldtauglichen, moralisch einwandfreien Leuten aller Waffengattungen wird bei allen Truppenteilen in Kürze begonnen. Meldung infanteristisch ausgebildeter Personen — Altersgrenze nicht vorgeschrieben —, die zweifellos auf dem Boden der Regierung stehen, persönlich oder schriftlich möglichst bald beim Inf.-Reg. 26, Magdeburg, neue Kaserne, Stube 43. Bekannte Bedingungen.

** **Die Kämmerei- und Steuerkasse** bleibt am nächsten Dienstag den 25. März wegen Abschlußarbeiten geschlossen.

** **Die Bäume** wurde unter den Pferden der Fuhrunternehmer Grünewald, Brühl 16, und Richard Beyer & Co., Breite Straße 14, festgestellt.

** **Die vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer** (Sitz Berlin, Ortsgruppe Merseburg) für Mittwoch abend nach dem großen Saal der „Funkenburg" einberufene öffentliche Versammlung wurde wegen schwachen Besuches (es waren nur ca. 120 Personen erschienen) in dem angrenzenden Gastzimmer abgehalten. Geschäftsführer Bietz aus Weißenfels sprach über das Thema: „Die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer und ihre kameradschaftliche Hilfe gegenüber den Kriegshinterbliebenen." Redner verstand es in trefflicher Weise, in ca. 1½stündigen Ausführungen, das steigende Interesse der Anwesenden zu erwecken. Die Grundgedanken seines Vortrages waren ungefähr folgende: Es ist nicht leicht, in dieser ernsten und schweren Zeit alle Wünsche und Forderungen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu regeln. Erschreckend groß ist die Zahl der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die dieser schreckliche Krieg unserem Volke gebracht hat. Ihnen allen zu helfen mit Rat und Tat, ihnen allen ihr bitteres Los erleichtern zu helfen, ist die Aufgabe, die sich der „Reichsbund" gestellt hat. Das Mannschafts-Versorgungsgesetz und das Kriegs-Hinterbliebenen-Fürsorgegesetz sind sehr verbesserungsbedürftig. Während für die Kriegsbeschädigten schon einige Verbesserungen, z. B. Erhöhung der Rentenversorgung und der Verstümmelungszulage, Anerkennung der mündlichen Anbringung der Versorgungsansprüche, erreicht worden sind, ist das Kriegs-Hinterbliebenen-Fürsorgegesetz unverändert geblieben. Das letztere ist aber nicht dazu angetan, die Zukunft der Hinterbliebenen sicherzustellen. Das Gesetz müßte mindestens die Mütter in die Lage versetzen, ihrer Pflicht als Mutter nachkommen zu können; denn wenn die Kinder nun einmal schon die Vaterliebe verlieren mußten, dann soll wenigstens dafür gesorgt werden, daß sie nicht auch die Mutterliebe entbehren müssen. Keine Kinderheime u. dergl. sind in der Lage, die Liebe der Mutter zu ersetzen. Ausreichende Rentenversorgung, Befreiung von Steuern, Schul- und Lehrgeld, Bereitstellung von Mitteln für Arzt und Apotheke usw. müssen zu diesem Zweck gefordert werden. — Für die Kriegsbeschädigten forderte Redner noch Beseitigung des Operationszwanges, Ausstattung mit orthopädischen Hilfsmitteln, Schutz der wirtschaftlichen Not während der Heilbehandlung, Einstellung der Kriegsbeschädigten in Büros und Werkstätten, damit sich die Arbeitslosigkeit nicht verherrend auf die Schultern der Kriegsbeschädigten legt. Ferner geißelte der Vortragende die Anrechnung der Rente von Kriegsbeschädigten, die dieselbe Arbeit wie ein gesunder Mensch verrichten müssen, auf Lohn und Gehalt. Verschiedentlich ist hier schon für Abhilfe gesorgt worden. Die halbamtliche Fürsorge muß reichsgesetzlich geregelt werden. Die leitenden Stellen müssen mit Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen besetzt werden. Ferner muß dafür Sorge getragen werden, daß die Kriegswitwen möglichst wenig unter der Wohnungsnot zu leiden haben. Redner fordert in scharfen Worten, daß die für die Hinterbliebenen und für die Kriegsbeschädigten (oder unter welchem Namen sie erfolgt sein mögen) durch öffentliche Sammlungen aufgebrachten Gelder unter staatliche Hoheit gestellt und dann dem Reichsbund zur Verteilung zur Verfügung gestellt werden. Die jetzt zum Teil leerstehenden herrlichen Schlösser müßten für Invalidenheime Verwendung finden, damit unsere Kriegsteilnehmer Orte der Ruhe erhalten und nicht gezwungen sind, rastlos von einem Ort zum andern zu wandern. Am Schluß seiner Ausführungen streifte Redner kritisierend die Nichtauszahlung der Kriegsrenten und Unterstützungen seitens der Beamten während des Generalstreiks, legte dann in kurzen Worten den Zweck und Wert einer Organisation dar, betonte, daß der Reichsbund für Kriegsbeschädigte auf politisch-neutraler Grundlage basiere (einen durch Zwischenrufe Störenden verwies der Vortragende auf die Aussprache) und bekreibt ist, auch den Kriegshinterbliebenen bei den gewaltigen Aufgaben, die zu lösen sind, helfend unter die Arme zu greifen. Er forderte die Anwesenden zur Gründung einer Sektion für Kriegshinterbliebene, die sich der hiesigen Ortsgruppe anschließen soll, auf. — An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Aussprache, in der sich mehrere Herren zum Wort meldeten, die sich alle (auch der Zwischenrufer) im großen und ganzen mit dem Vortrage einverstanden erklärten und nur einige Anfragen stellten bezw. Erläuterungen gaben. U. a. erklärte Reg.-Hauptk.-Buchhalter Elze, daß die Auszahlung der Renten und Unterstützungen während des Generalstreiks aus technischen Gründen nicht möglich gewesen sei. Allgemeines Lob erntete Herr Liebmann, der Leiter der hiesigen amtlichen Fürsorgestelle, für seine aufopfernde Tätigkeit. Nach einem Schlußwort des Vortragenden, in dem dieser nochmals zu den Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner Stellung nahm, dankte der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe für den Besuch und konnte gleichzeitig Mitteilung von ca. 30 Neuanmeldungen zur Sektion für Kriegshinterbliebene machen.

Der 23. März ist

ein entscheidungsvoller Tag,

der uns Freiheit und Gleichberechtigkeit auch im Arbeiterrat bringen soll.

Wir wollen frei sein von einem jeden unabhängigen und spartakistischen Gewaltregime!

Das

System Langer

muß ein für allemal der Geschichte angehören!

Einen demokratischen Arbeiterrat mit gleichen Rechten für jeden Arbeiter, Angestellten oder Beamten werden wir nur erlangen, wenn jedermann seine Schuldigkeit tut, zur Wahlurne eilt und dort den Vorschlag der Deutschen demokratischen Partei abgibt,

die Liste Koerlin!

** **„Die Sozialisierung und die wirtschaftliche Not der kaufmännischen Industrieangestellten"** über dieses Thema spricht morgen, Freitag, im Neuen Schützenhaus in öffentlicher Versammlung Walther Lambach aus Hamburg. Der Besuch dürfte bei diesem aktuellen Thema sehr zahlreich sein. Die Versammlung wird von der Ortsgruppe und Kohlen- und Eisenindustrie-Beamtengruppe im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband veranstaltet.

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Freitag den 21. März.)

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Magermilch und Buttermilch für die Kunden der Verkaufsstellen Frohnert, Vogel, Konsum-Verein (Lauchstedter Straße) und Schulz.

Fleischverkauf auf der Freibank von 8—11 Uhr auf die Ordnungsnummern 4451—4750.

Rohfleischverkauf bei Hoffmann (Brühl 6), von 2—4 Uhr nachmittags, auf die Ordnungsnummern 1401—1600.

½ Liter Petroleum, 5 Pfund Carbid, 2 Kerzen an Empfangsberechtigte in den zugelassenen bekannten Verkaufsstellen.

Brotmarken im alten Rathaus, Burgstraße, für die Straßen K bis P.

Fleisch, einschl. Knochen, auf die Fleischkarten 200 Gramm, Kinder 100 Gramm.

---

§ **Lauchstedt,** 19. März. Donnerstag vergangener Woche verunglückte der hier wohnende, im Leunawerk beschäftigte verheiratete Arbeiter Emil Mühroth dadurch, daß ihm durch das Ungeschick anderer Arbeiter ein Stamm auf den Kopf fiel und ihn schwer verletzte. Er wurde ins Merseburger Krankenhaus überführt.

g. **Wesenitz,** 19. März. In einer beneidenswert günstigen Lage befindet sich der Ort Wesenitz zu Zeiten. Denn während allseitig bei der Verpachtung von Acker ein fabelhaftes Emporschnellen der Pachtsummen zu verzeichnen ist, war bei der jüngst vorgenommenen Verpachtung von Gemeindeland ein Rückgang der jährlichen Pacht an der Tagesordnung. Früher wurden für die einzelnen der sechs Parzellen von je fast einem Morgen Größe 29 bis 34 ℳ jährliche Pacht gezahlt. Diesmal aber gingen die Bietungssummen über 22 ℳ pro Parzelle nicht hinaus. Glückliches Wesenitz!

z. **Burgliebenau,** 19. März. Ein Sittlichkeitsverbrechen wurde auf der Straße nach Wallendorf an einer Frau verübt. Der Wüstling griff die Passantin tätlich an, bedrohte sie mit dem Revolver und warf sie in den Straßengraben. Nach energischer Gegenwehr und den Hilferufen der Überfallenen ergriff der Täter die Flucht. Die Passantin hatte durch den Sturz eine Verletzung erlitten und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

z. **Zörschen,** 19. März. Zu der kürzlich hier stattgehabten Versteigerung von Brennholz waren zahlreiche Kauflustige erschienen, so daß sich bald ein lebhaftes Geschäft entwickelte. Kein Wunder war es daher, daß die Preise eine ungeahnte Höhe erreichten; denn für 2 Rm. Eichenscheite wurden 80—86 ℳ gezahlt und Reisig- bezw. Abraumhaufen kamen mit 35 bis einige 40 ℳ pro Haufen an den Mann.

§ **Großlehna,** 20. März. In hiesiger Gemeinde wurden in 159 viehhaltenden Haushaltungen gezählt: 44 Pferde, 117 Stück Rindvieh, 7 Schafe, 154 Schweine, 102 Ziegen, 543 Kaninchen und 912 Stück Federvieh. — Kleinlehna hatte in 67 viehhaltenden Haushaltungen 13 Pferde, 44 Stück Rindvieh, 1 Schaf, 62 Schweine, 48 Ziegen, 238 Kaninchen und 342 Stück Federvieh.

Mücheln und Umgegend.

20. März.

: **Mücheln,** 20. März. Die Agentur des „Merseburger Korrespondent" hat Frau Lina Wippert, am Schiepthaus 3 wohnhaft, übernommen. Unsere Zeitung wird jetzt pünktlich in den Nachmittagsstunden, zwischen 5 und 6 Uhr, ausgetragen und bitten wir unsere Postabonnenten, die Bestellungen dort aufzugeben. Unsere Postbezieher erhalten das Blatt dann schon abends zugestellt, und hoffen wir, den berechtigten Wünschen ihrer Kreise Rechnung getragen zu haben.

: **Mücheln,** 20. März. Folgende Konfirmanden werden dieses Jahr eingesegnet: Leonore Schmidt (Rauische), Hildegard Oehler, Frieda Geißler, Johanna Flade, Gertrud Schiedsch, Hilda Galander, Martha Kuhnt, Gertrud Schönbrunn, Martha Liebing, Elisabeth Müller, Anna Sander, Martha Wittenbecher, Margarethe Müller, Anna Müller, Martha Liebert, Albert Büttcher, Max Bergmann, Kurt Weber, Walter Kugler, Richard Wolf, Hugo Siebeck, Rudolf Schulze, Albin Gerten, Walter Heimig, Herbert Schmidt, Willy Meißner, Fritz Thörmer, Hugo Schirmer Martin Lauenroth.

Wetterwarte.

B. W. am 21. 3.: Abwechselnd heiteres und wolkiges, sehr kühles Wetter mit Nachtfrost, frischweise etwas Schnee. — 22. 3.: Ziemlich heiter, trocken, Nachtfrost, mittags etwas milder.

Briefkasten der Redaktion.

W. S. Alle Mitteilungen, Stimmen aus dem Leserkreise usw. müssen Namen und genaue Adresse des Einsenders tragen. Für Artikel, die als „Eingesandt" erschienen, übernehmen wir nur die preßgesetzliche Verantwortung. Sie wollen ihre Adresse uns mitteilen, eher kann die Aufnahme Ihrer Notiz nicht erfolgen!

Vermischtes.

* **Für 600 000 ℳ Schmuckstücke gestohlen.** Mittwoch nachmittag wurden aus einem Aushängekasten der Juwelenhandlung Wilhelm Stoeß, Unter den Linden 90 in Berlin, verschiedene Schmuckstücke im Gesamtwerte von 600 000 ℳ mit Hilfe eines Nachschlüssels geraubt, als der eigens mit der Bewachung des Kastens beauftragte Wächter sich im Hausflur aufhielt. Unter den gestohlenen Gegenständen befindet sich eine Halskette aus Brillanten, die allein 38 000 ℳ wert ist.

* **Ein Bürgerstreik in Mariendorf-Südende.** Die organisierten Hausbesitzer in Mariendorf-Südende bei Berlin haben der Mieterorganisation und der Gemeindeverwaltung mitgeteilt, daß sie die von ihnen bisher besorgte Verteilung der Lebensmittelkarten an ihre Mieter vom 1. April an einstellen würden. Als Grund dafür wird der letzte Generalstreik angegeben. Der Arbeiterrat von Mariendorf hat die Hausbesitzer darauffhin wissen lassen, daß es in der kurzen Zeit nicht möglich sei, die Verteilung der Karten anders zu organisieren. Würden die Hausbesitzer auf ihrer Weigerung bestehen, so würde die Gemeinde die Zahlungen der Mietsunterstützung, die noch in einer ganzen Anzahl von Fällen geleistet werde, einstellen. Auch werde man den Mietern empfehlen, die Zahlung der Miete solange zu verweigern, wie die Hausbesitzer auf ihrem Streik beharren.

* **Eine Riesenschiebung mit Heeresgut im Werte von 10 Millionen Mark** ist, dem „Berl. Lok.-Anz." zufolge, von der Münchener Polizei verteitelt worden. 26 Personen, darunter auch Offiziere, einer aus dem Kriegsministerium, Bankiers und Kaufleute wurden teils in Hotels, teils in Privatwohnungen verhaftet und der Staatsanwaltschaft übergeben.

* **Die Streikunruhen in Belgien.** Die französische Presse gibt nun auch die Unruhen in Belgien zu. In den Werken von Cocaille und anderen großen Hütten sind die Arbeiter in den Streik getreten. Dieser hat sich auch auf einzelne Kohlengruben ausgedehnt. Er wird nicht nur von den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften, sondern auch von den nichtorganisierten Arbeitern unterstützt.

* **Grausige Bluttat in der Tuchler Heide.** Am Rande der in Westpreußen liegenden Tuchler Heide ist ein furchtbares Verbrechen verübt worden. Auf einem Vorwerk wurde abends 8 Uhr der Besitzer Franz Friese mit seiner aus acht Köpfen bestehenden Familie von einer Räuberbande überfallen, die Handgranaten durch das Fenster warfen. Friede, seine älteste Tochter und seine beiden Söhne wurden hierbei verletzt. Die Bande belagerte das Wohnhaus regelrecht; es hagelten Handgranaten in die beiden Wohnzimmer, in denen kein Stück ganz blieb. Diese Angriffe dauerten bis früh 5 Uhr, worauf die Bande die Bewohner zum Verlassen ihres Hauses aufforderte. Sodann drangen die Räuber in die Wohnung ein und holten F. und seine Angehörigen unter den Betten hervor. Frau Friede gelang es zu flüchten, sie erhielt jedoch einen Revolverschuß in den Leib. Es gelang ihr aber doch noch, bis zum Nachbarn zu kommen, wo sie tot zusammenbrach. Als Hilfe kam, waren die Räuber verschwunden, 1015 ℳ hatten sie entwendet. Friede, seine Tochter und sein 16jähriger Sohn werden kaum mit dem Leben davonkommen.

* **Typhusepidemie in Oberhessen.** Aus Friedberg in Oberhessen wird gemeldet: Nach Mitteilungen der hiesigen Medizinalbehörde herrscht seit einigen Wochen in einer ganzen Anzahl von Orten der Typhus. Es ist festgestellt, daß die Ursache zu der Seuche auf die zahlreichen, während der Demobilmachung erfolgten Truppeneinquartierungen zurückzuführen ist.

* **Explosion in einer elsäßischen Kaligrube.** In Wittmahmin (Elsaß) explodierten in einer Kaligrube 1200 Kilogramm Dynamit, wobei sieben Personen ums Leben kamen. Die Pariser Presse behauptet dazu, daß die Deutschen in allen Gruben des Elsaß Munitionslager untergebracht hätten.

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Kammer-Lichtspiele! :—: Kleine Ritterstraße 3 Fernruf 529 :—:

Ab Freitag bis Montag ein Programm, das jedem Besucher genußreiche Stunden verschafft!

„Der Schandfleck!!"

Eine Dorfgeschichte in 4 Akten von Ludwig Anzengruber.

Hierzu ein prächtiges Beiprogramm.

Anfang 7½ Uhr.

Bekanntmachung

Bekanntmachung.

Nach dem Beschluß der städtischen Behörden wird zu den Sätzen Ziffer VIa und b der Gebührenordnung des städtischen Krankenhauses vom 12./26. Juni 1917 für den Gebrauch des Röntgenapparats ein Teuerungszuschlag von 25 Proz. vom Tage der Verkündung ab erhoben.

Merseburg, d. 14. März 1919.

Der Magistrat.

IV 2447/19.

Bekanntmachung

über den Wegfall der Zusatzbrotmarken.

Nachdem das Reichsernährungsamt verfügt hat, daß sämtliche Lebensmittelzulagen für Schwer-, Schwerst- und Rüstungsarbeiter in Wegfall kommen, werden von neuen Brotversorgungszeitraum ab von den Ortsbehörden keine Zusatzbrotmarken mehr ausgegeben. Die nach dem Erlaß des Reichsernährungsamtes jetzt noch als Schwer- bezw. Schwerstarbeiter geltenden Personen, (Bergarbeiter und bestimmte Eisenbahnbediensteten) erhalten die Zusatzbrotmarken durch ihre Dienststelle.

Merseburg, den 18. März 1919.

Der Landrat.

Freiherr v. Wilmowski.

Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 21. März d. Js.

bei Hoffmann, Brühl 6

nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1401—1500
3—4 „ „ „ 1501—1600

statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 20. März 1919.

L A I 283/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Fleischverkauf auf der Freibank

findet am 21. März d. J.

vorm. von 8—11 Uhr auf die Ordnungs-Nummern 4451—4750 statt.

Merseburg, den 20. März 1919.

L A I 284/19 Das städtische Lebensmittelamt.

Die Stadtverordnetenversammlung hat für das Jahr 1919
Herrn Kaufmann Paul Kohl zu ihrem Vorsteher,
Herrn Arbeitersekretär Wilhelm Daniel zu dessen Stellvertreter,
Herrn Oberstadtsekretär Otto Kirchner zum Schriftführer,
Herrn Postsekretär Otto Teller zu dessen Stellvertreter
gewählt.

Merseburg, den 18. März 1919.

I Nr. 763/19 Der Magistrat.

Dezimal- u. Tafelwagen, Porzellan- u. eis. Gewichte

empfehlen Gebr. Seibicke, Eisenhandlung.

Grosser Operetten-Abend in Frankleben, Gasthof Siebeck, Sonntag den 23. März 1919

Das Dreimäderlhaus.

Friedrich Schultze, Bankhaus

Reichsbank-Giro-Konto | Merseburg gegründet 1862 | Postscheck-Konto Leipzig 4727

—:— Scheck-Formulare stehen an meiner Kasse zur Verfügung. —:—

Eröffnung laufender Bankkonten zur Unterstützung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

Ausführung aller ins Banktach schlagenden Geschäfte. :—:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190321-11/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Mittwoch früh 9¼ Uhr verschied plötzlich und unerwartet mein herzensguter Mann, unser sorgender treusorgender Vater, Schwager, Schwieger- u. Großvater,

der Maurer

Karl Angermann.

In tiefstem Schmerz bittet um stilles Beleid:

Familie Angermann.

Merseburg, 20. 3. 19.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des städtischen Friedhofes aus statt.

Aufgebot.

1. Der Kaufm. Karl Bausenleck in Leipzig, vertreten durch den Kaufm. Georg Flemmig, daselbst Nordstr. 34,
2. die Frau Emma Wilde geb. Böhme in Pretzsch, vertreten durch den Rechtsanwalt Erlecke in Merseburg,

haben das Aufgebot

zu 1. des verloren gegangenen Hypothekenbriefes über das für den Kaufmann Karl Bausenleck in Leipzig im Grundbuche von Ostrau-Lennewitz, Kreis Merseburg auf Blatt Nr. 319 Band 9 in der dritten Abteilung unter Nr. 7 eingetragene Darlehn von 3000 Mk.,

zu 2. des abhanden gekommenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuche von Pretzsch Band 4 Blatt 98 Abteilung II Nr. 3, früher im Grundbuche von Wegwitz Band 3 Blatt 73 Wandeäcker Abteilung III Nr. 2, für den Ortsrichter Friedrich Karl Fischer in Wegwitz eingetragenen 3000 Mk. Darlehn vom 31. Dezember 1908 verbunden mit der Schuldverschreibung vom 4. Dez. 1908

beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf

den 8. Juli 1919, mittags 12 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Merseburg, d. 15. März 1919.

Das Amtsgericht.

Abgabe von Gaskoks zur Streckung des Hausbrandes im städtischen Gaswerk täglich von 9—12 Uhr u. nachmittags von 2—4 Uhr.

Die Abgabe erfolgt nur an die versorgungsberechtigte Bevölkerung der Stadt Merseburg und die städtischen Gewerbebetriebe gegen Abgabe der vom Magistrat ausgefertigten Hausbrandbezugscheine oder auf städt. Kohlenmarken.

Es empfiehlt sich, auch den künftigen Bedarf an Gaskoks schon jetzt einzudecken, nötigenfalls unter Anrechnung auf den Bedarf des Hausbrandwirtschaftsjahres vom 1. Mai 1919 bis 30. April 1920.

Bezugscheine werden erteilt im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer Nr. 18.

Merseb., den 18. März 1919.

L. A. II 45/19. **Der Magistrat.**

Ausgabe der Leuchtmittel für Monat März 1919.

Es werden für Monat März 1919 zugeteilt:

auf jede Petroleummarke ½ Liter Petroleum zum Preise von 23 Pfg.

auf jede Karbidkarte 5 Pfd. Karbid zum Preise von 75 Pfg. für das Pfd.

auf Abschnitt 4 d. Kerzenkarte 2 Kerzen zum Preise v. 42 Pfg.

Der Verkauf erfolgt nur in den bekanntgegebenen zugelassenen Verkaufsstellen, in denen die Empfangsberechtigten zur Kundenliste eingetragen sind.

Die Verkaufsstellen haben den zum Verkauf freigegebenen Abschnitt eigenhändig von der Leuchtmittelkarte abzutrennen u. dem Magistrat sofort nach Schluß des Verkaufs mit dem vorgeschriebenen Verkaufsbericht einzusenden.

Merseburg, d. 18. März 1919.

M 151/19 **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Wegen des monatlichen Kassenabschlusses bleibt unsere Kämmereikasse und Steuerkasse Dienstag den 25. März 1919 für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Merseburg, den 18. März 1919.

Zu X 166/19. **Der Magistrat.**

Jg. Mädchen sucht Schlafstelle. Off. erb. unt. M E an die Exp. d. Bl.

Heute morgen 6¾ Uhr entschlief sanft nach langen, schweren Leiden unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante, Schwieger- und Großmutter, die verw.

Frau Marie Hohmann

geb. Heine

in ihrem 58. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Merseburg, den 19. März 1919.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 22. März 1919, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause, Saalstraße 3, aus statt.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Vaters

Ernst Degen

sagen wir unsern herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Ballin für seine trostreichen Worte am Grabe. Dank Herrn Lehrer Goethe und der lieben Schuljugend für die schönen Trauergesänge. Ferner danken wir allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten und ihn zur letzten Ruhe geleiteten.

Spergau, den 20. März 1919.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Lina Degen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes spreche ich hierdurch meinen tiefgefühlten Dank aus.

In tiefem Schmerz:

Frau Dauer.

Merseburg, den 20. März 1919.

Nachruf.

Nachdem nunmehr alle Kameraden aus dem Felde zurückgekehrt sind, vermissen wir schmerzlich nachstehende Kameraden, die auf dem Felde der Ehre gefallen sind:

9. Kompagnie.
Vizefeldw. **Oskar Sickert**
„ **Georg Krüger**
Sergeant **Fritz Neumann**
„ **Richard Wermann**
„ **Ernst Hanstein.**

10. Kompagnie.
Vizefeldw. **Karl Böhm**
„ **Wilhelm Günther**
Unteroffz. **Paul Wurdel.**

11. Kompagnie.
Offz.-Stllv. **Albert Ziegler**
„ **Erich Stresemann**
Vizefeldw. **Karl Döhner**
„ **Gustav Kleid**
„ **August Gerloff**
Sergeant **Kurt Korsawe**
Unteroffz. **Wilhelm Klöpzig.**

12. Kompagnie.
Fahnenträger 3/153
Sergeant **Hugo Franzke**
Offz.-Stllv. **Richard Schulze**
Sergeant **Otto Winkler**
Unteroffz. **Paul Hellwig**
„ **Ernst Richter.**

Stets als treue Kameraden, vorbildlich gegen Untergebene, tapfer und unerschrocken gegen den Feind, mussten die Helden in ihren besten Lebensjahren von uns scheiden.

Wir werden ihrer nie vergessen und sie werden ewig in unserem Gedächtnis weiter leben.

Merseburg, den 19. März 1919.

Unteroffizier-Vereinigung 3. Batl. Inf.-Regiment 158.

---

30 M. Belohnung demjenigen, der mir bis 1. 4. spätestens 1. 5. eine große Stube nebst Küche verschaffen kann. Off. unt. B W 700 a. b. Exp. d. Bl.

Junge Leute ohne Kind suchen Wohnung, Stube, Kamm., Küche, evtl. auch 2 Stuben, in anständigem Hause. Offerten erbeten Burgstraße 15, 2 Tr.

---

30 M. Belohnung sichere demjenigen zu, der anständigen Leuten 3—4-Zimmer-Wohnung nachweisen kann. Off. unt. L A 10 an die Exp. d. Bl.

Eisenbahnbeamter sucht 3- oder 4-Zimmer-Wohnung per bald od. später. Ang. unt. G R a. d. Exp. d. Bl. erb.

Eine möblierte Wohnung, Wohn-, Schlafstube mit Küche, sofort zu mieten gesucht. Off. u. L R an die Exp. d. Bl.

Gebildeter Herr (Akademiker) sucht in vornehmem Hause **möbliertes Zimmer** mögl. m. Schlafzimmer. Angebote u. Akademiker a. b. Exp. d. Bl.

---

50 M. demjenigen, der mir ein möbl. Wohn- u. Schlafzimmer m. Kochgel. f. 2 Pers. nachw. od. verm. p. sof. od. sp. Off. u. A K a. d. Exped.

6000 Mark zum 1. 7. 19 hypothekarisch auszuleihen. Off. u. C W 17 an die Exped. d. Bl.

Suche sofort oder später **gutgehende Bäckerei** zu kaufen oder zu pachten. Off. unt. „Bäckerei" a. d. Exp. d. Bl.

Hobelbank, eventl. mit etwas Werkzeug, zu kaufen gesucht. Offerten unter Z an die Exped. d. Bl.

Gebr. Nähmaschine, gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter B W 100 an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht **Fahrpelz für Auto** (Waschbär bevorzugt), evtl. auch Tauschen mit Gehpelz. Offerten unter M H 100 an die Exped. d. Bl.

Ein Paar guterhaltene **Herrenschuhe** Gr. 43—44 zu kaufen gesucht. Angebote unter „Schuhe" an Exped. d. Bl. erbeten.

Ein Paar guterhaltene Herren-Schnürstiefel (Größe 42) zu kaufen gesucht. Offerten unter A S an die Exp. d. Bl. erbet.

Guterh. Liegestuhl zu kaufen gesucht. Offert. unt. A K 100 an die Exp. d. Bl. erb.

Schwarze Damenschuhe (auch Lack) zu kaufen gesucht. Offerten unter „Schuhe" an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gebrauchtes Damen-Fahrrad zu kaufen gesucht. Offert. unter „Damenrad" an die Exp. d. Bl.

---

1 Einsp.-Wagen (15—20 Ztr. Tragkraft zu kaufen gesucht Schopau 36.

Einige Zentner gutes Setzstroh zu kaufen gesucht. Zu erfragen i. d. Exp. d. Bl.

Militärmantel, Litewka, Hose (88 Schrittlänge), Offiziergamaschen werden zu kaufen gesucht. Off. unt. Z 1 a. d. Exp. d. Bl.

Guterhalt. Pianino zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis u. „Pianino 500" a. d. Exp.

Ein guterhalt. Piano zu kaufen gesucht. Angebote m. Preisang. u. „Piano" a. d. Exp.

---

2 weißseid. Blusen, Gr. 42, wie neu, verkauft Gotthardtstraße 35.

Ein neuer Anzug (Größe 44), keine Kriegsware, preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

---

1 P. Militärhalbstiefel (neu, Gr. 27) zu verkaufen Breuherstraße 9, 2 Tr.

Damenstiefeln (Größe 38) zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Bettstelle mit Boden zu verkaufen Poststraße 8, 3 Tr.

---

2 Kinderbettstellen, 1 Kommode, 1 Matratze, 1 Küchenwaschtisch zu verkaufen Hüterstraße 3, 1 Tr. r.

---

2 Bettst. m. Matratz. verkauft Weißenfelser Str. 40. Auch suche für einige Stunden täglich Aufwartung.

Ausbruch der Räude.

Unter den Pferden des Fuhrunternehmers Richard Beyer & Co., Breite Straße Nr. 14 hier, ist der Ausbruch der Räude amtstierärztlich festgestellt.

Merseburg, den 18. März 1919.

Die Polizeiverwaltung.

P I 1346/19.

Ausbruch der Räude.

Unter dem Pferdebestande des Geschirrhalters **Grünewald,** Brühl Nr. 16 hier, ist der Ausbruch der Räude amtstierärztlich festgestellt.

Merseburg, den 18. März 1919.

Die Polizeiverwaltung.

P I 1345/19.

Nachlaß-Auktion.

Freitag den 21. März, von vormittags 10 Uhr an, kommen im Grundstück Obere Breite Straße 18 (Restauration von Zimmermann) folgende Gegenstände noch ganz Verkauf:

1 Waschleine, 1 Reisekorb, 1 Hebekorb, 1 Tragkorb, Bilder, Teppiche, 1 Paar Schuhe (39), 2 Paar Arbeitsstiefeln, 1 Paar warme Schuhe, Decken, Handtücher, 1 Kindermantel, Steckkissen und verschiedenes anderes.

Albert Franke, Auktionator.

Nett möbliertes Zimmer an bessern Herrn zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Suche sofort, spätestens bis 1. 7. **4 bis 5-Zimmer-Wohnung** nebst Zubehör. 50 Mark Belohnung bei Abschluß des Mietsvertrages werden zugesichert. Gefl. Off. u. K B an die Exp. d. Bl. erbeten.

---

60 Mark Belohnung nach Kontraktabschl. demjenigen, der mir eine 3—4-Zimm.-Wohng. zum 1. 4. oder später nachweist.

Gleitz, Halle, Steinweg 11.

Wahlen zum Arbeiterrate in der Stadt Merseburg.

Nachstehend veröffentlichen wir die Zusammenstellung über die Stimmbezirke, Wahllokale, Wahlvorsteher sowie deren Stellvertreter.

I. Wahlbezirk:
Breite Straße, Brühl, Fischerstraße, An der Geisel, Hälterstraße, Johannisstraße, Kreuzstraße, Kurze Straße Markt, Mühlstraße, Obere Breite Straße, Delgrube, Roßmarkt, Saalstraße, Sand, Schmale Straße, Seitenbeutel, Vorwerk, Windberg.
Wahllokal: Ratskeller.
Wahlvorsteher: Herr Schneidermeister A. Thieme
Stellvertreter: Herr Prokurist A. Lommel.

II. Wahlbezirk:
Blumenthalstraße, Bürgergarten, Entenplan, Vor dem Gotthardtor, Gotthardtstraße, Halbmonbstr, Hirtenstraße, Kleiststraße, Leunaer Straße, Manteuffelstraße, Margaretenstraße, Naumburger Straße, Rulandstraße, Preußerstraße, Roonstraße, Sedanstraße, Sixtiberg, Vor dem Sixtitor, Kleine Sixtistraße, Große Sixtistraße, Wagnerstraße, Weißenfelser Straße.
Wahllokal: Goldene Kugel.
Wahlvorsteher: Herr Maurer B. Müller.
Stellvertreter: Herr Mag.-Sekretär Grimm.

III. Wahlbezirk:
Apothekerstraße, Am Bahnhof, Bahnhofstraße, Brauhausstraße, Burgstraße, Domplatz, Domprobstei, Domstraße, Grüne Straße, Marienstraße, Mälzerstraße, Milchinsel, Kleine Ritterstraße, Große Ritterstraße, Schulstraße, Tiefer Keller.
Wahllokal: Tivoli.
Wahlvorsteher: Herr Lehrer F. Wilck.
Stellvertreter: Herr Zimmermann F. Hesselbarth.

IV. Wahlbezirk:
Dammstraße, Georgstraße, Haackestraße, Hallesche Straße, (einschl. Chausseehaus) Hälterstraße, Hohendorfer Weg, Karlstraße, Vor dem Klaustentor, Kloster, Mühlberg, Ober-Altenburg, Poststraße, Rolenlai, Schlesinger, Schreberstraße, Seffnerstraße, Am Stadtpark, Stufenstraße, Unter-Altenburg, Weinberg, Weiße Mauer, Wilhelmstr., Winkel.
Wahllokal: Bergschlößchen.
Wahlvorsteher: Herr Landessekretär Rostock.
Stellvertreter: Herr Lagerhalter Selling.

V. Wahlbezirk:
Annenstraße, Bismarckstraße, Blanckestraße, Brotauffstraße, Christianenstraße, Clodiusstraße, Eisenbahnstraße, Friedrichstraße, Gartenstraße, Gerichtsrain, Geuser Str. Gutenbergstraße, König-Heinrich-Straße, Laushstedter Straße, (einschl. Ruschesfelde und Huth's Baumschule) Lindenstraße, Luisenstraße, Moltkestraße, Nordstraße, Parkstraße, Pestalozzistraße, Rektor Block Straße, Roter Brückenrain, Roter Feldweg, Steinstraße, Teichstraße, Thiemarstraße.
Wahllokal: Funkenburg.
Wahlvorsteher: Herr Techniker W. Wolf.
Stellvertreter: Herr Postschaffner W. Rez.

VI. Wahlbezirk:
Amtshäuser, Kirchstraße, Kraustraße, Meuschauer Straße, Am Neumarktstor, Neumarkt, Ober-Burgstraße, Werderstraße, (einschl. Schloßrise).
Wahllokal: Strandschlößchen.
Wahlvorsteher: Herr Lehrer Brenner.
Stellvertreter: Herr Prokurist Seyferth.

Merseburg, den 19. März 1919.

I 710/19. **Der Wahlvorstand**

Schreibmaschinen, neu und gebraucht, **Reparaturen sämtlicher Fabrikate** werden schnell und sachgemäß ausgeführt.

Merseburg. Schreibmaschinen-Reparatur-Werkstatt

Fernruf 203 **Gustav Engel.** Fernruf 203.
Weißenfelser Straße 7

Lehm-Abfuhr von der Dammseite verboten, nur von der Scheune aus gestattet. Gebr. Seibicke.

Zur **bevorstehenden Eichung** werden **Wagen jeder Art und Größe** schnell und sachgemäß repariert bei

Gustav Engel,
Dezimalwagen-Reparaturwerkstatt
Merseburg Weißenfelser Str. 7 Telephon 203

Schützenhaus.

Sonntag von nachm. 3 Uhr an

grosse Ballmusik.

Das Kränzchen des Frühjahrzirkels 1918 der Tanzschule Hünicke-Hölzer findet am 22. d. Mts. statt.

Näheres bei Herrn Ohme, Brühl 20.

Geschäftsgewandte Damen gesetzt. Alters bietet große Versicherungsgesellschaft Gelegenheit, sich einen dauernden Beruf als Werbebeamtinnen bei gutem Gehalt, für Volksversicherung mit Wochen- und Monatsbeiträgen, zu erwerben. Angebote erbeten unter „Versicherung" an die Exped. d. Bl.

Beutelkleberinnen, an gewissenhaftes Arbeiten gewöhnt, werden gesucht.

C. Görling, G. m. b. H.

---

1 gute alte Geige ist zu verkaufen Roonstraße 19, 1 Tr.

Grude, gut erhalten, verkauft Gotthardtstraße 35.

---

9 Wochen alten **Dachshund** (Hündin), selten schönes Tier, verkaufe sofort. Preis M. 60.—. Erstkl. Eltern. Rch. Schilling, Neumark, Grube „Leonhardt".

---

1 P. Trommeltauben mit 2 flüggen Jungen zu verkaufen Neumarkt 48.

Kaninchen sind zu verkaufen Amtshäuser 9.

---

1 großes Kaninchen ist zu verkaufen Annenstr. 8.

Fuhren jeder Art nimmt an Richard Dietrich, Sand 18. :: Telephon 581.

„Irene".

Sonnabend im „Tivoli" Zimmer Nr. 1. Der Vorstand.

Älterer Herr, deutscher, Südwünscht Anschluß an bürgerl. Familie, wo er Gelegenheit hätte, gegen franz. engl. Anfänger- oder Nachhilfeunterricht (4 Jahre i. Ausl. gew.) Abendstunden im Schachspiel und Notenkenntnis i. Mandoline zu nehmen. Nähe Hallesche Str. bevorzugt. Frdl. Ang. unt. B J 37 an die Exp. d. Bl.

Wer erteilt Nachhilfe-Unterricht in **Algebra?** während der Abendstunden. Off. mit Honorarangabe u. F W 18 an die Exped. d. Bl

---

Es werden noch einige Schüler u. Schülerinnen für Klavier, Violine und :: Cello angenommen. :: Meldungen unter Dur an die Exped. d. Bl.

Mutter sucht für 9 Jahr. Knaben **gute Pflege.** Offert erb. u. S B 31 an die Exped. d. Bl.

Junges Mädchen, welches schon längere Zeit im Büro tätig war und bewandert in Stenographie und Schreibmaschine ist, sucht Stellung. Off. unt. L G 10 an die Exp. d. Bl.

Junge m. od. w. Hilfskraft für Schreibarbeiten und Registraturführung gesucht. Bewerbungen an Vorarbeitenbureau f. d. Hochwasser-Regulierung der Saale, Hier, Vorschloß, 3. Stock.

Suche für mein Porzellangeschäft **gewandte tüchtige / Verkäuferin. /** Otto Renner, Markt 18.

Ostermädchen als Aufwartung und zum Wegegehen (Hütte austragen) zum 1. 4. gesucht. Putzgeschäft 4, Gotthardtstraße 42.

Tüchtiges Mädchen für Haus und Küche bei gutem Lohn gesucht. Frau Dr. Schmitz, Poststraße 1.

Eine Aufwartung wird gesucht Gotthardtstr. 26, 1 Tr.

Saub. Aufwartung für 7—10 Uhr vormittags sofort oder zum 1. April gesucht. Frau Gymnasialdirektor Pilling, Domplatz 6.

Saub. Aufwartung gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Aufwartung für vormittags zum 1. 4. gesucht Hallesche Straße 30, pt.

Verlobungsring gefunden! * Abzuholen Bürgergarten 4, 1 Tr.

Verloren wurde am Montag gegen Abend von Friegerwitwe auf dem Wege Rossenbis Kolonie Rössen schwarzes Lederportemonnaie mit 52 Mark Inhalt. Der Finder, welcher bekannt ist, wird aufgefordert, dasselbe gegen Belohnung abzugeben bei Koblenz, Rössen 12.

Der Soldat, der am Donnerstag vor Woche a. d. Marktecke den schw. Pelzkragen an sich genommen hat, ist jetzt namhaft gemacht und wird dringend ersucht, denselben in der Exp. d. Bl. abzugeben.

Hierzu eine Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190321-11/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 60. Freitag, den 21. März 1919 45. Jahrg

Der

„Merseburger Korrespondent"

nimmt als die angesehenste und verbreiteste Tageszeitung von Stadt und Kreis Merseburg, als wöchentlich sechsmal erscheinendes politisches Blatt eine anerkannt beachtenswerte Stellung ein. Er hat seit seiner Begründung an der Entwickelung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Stadt und Kreis, in Provinz und Reich jederzeit regsten Anteil genommen und den

Fortschritt auf allen Gebieten

mit rückhaltsloser Entschiedenheit unterstützt. Der „Merseburger Korrespondent" ist ein Hort für alle Elemente, bei denen das freie Wort einen guten Klang hat.

Neben der freimütigen Besprechung und Erläuterung der grundsätzlichen Fragen legen wir großen Wert auf eine

beschleunigte Berichterstattung,

zumal wir durch unseren Berliner Nachrichtendienst in der Lage sind, alle wichtigen Berichte und Drahtnachrichten zugleich mit den größeren Provinzzeitungen zu veröffentlichen.

Wie von der Politik, so gilt dies von allen Gebieten des öffentlichen Lebens. In der Stadt und den Kreisen Merseburg und Querfurt unterstützen uns darin

zahlreiche Mitarbeiter.

Mit reicher Erfahrung, Sachkenntnis und Sorgfalt werden alle wichtigeren Vorgänge sachlicher und persönlicher Art im Gemeinwesen, im Gesellschafts-, Vereins- und Geschäftsverkehr der Stadt Merseburg und deren Umgebung verfolgt, Kunst und Wissenschaft mit lebhaftem Interesse gefördert. Der reichhaltige Stoff, der fortgesetzt erweitert werden wird, bringt vielseitige Unterhaltung für Herz und Gemüt der Leser, auch erheiternde Beiträge und nicht zuletzt historische Reminiszenzen der Heimatkunde. Eine besondere Ausgestaltung wird wieder das Monatsblatt (wissenschaftliche Beilage des Merseburger Korrespondenten) erfahren.

Somit vereinigt der „Merseburger Korrespondent" besser als irgend ein anderes Blatt seines Verbreitungsgebietes die Vorzüge einer

Tages- und Familienzeitung

und ist für jeden Leser, dem es um eine ernsthafte, gediegene Behandlung der politischen und sonstigen Tagesfragen zu tun ist, unentbehrlich.

Unsere zahlreichen Freunde in Stadt und Land bitten wir, dem „Merseburger Korrespondent" ihre Zuneigung zu erhalten und für seine weitere Verbreitung in Bekanntenkreisen tätig zu sein.

Der bisherige Abonnementspreis kann leider nicht beibehalten werden. Die beträchtliche Verteuerung der Herstellungskosten der Zeitungen, wie sie durch die abermalige Steigerung der Preise für Papier und Farbe, durch weitere Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen sowie durch die Einführung des Achtstunden-Arbeitstages eingetreten ist, zwingt uns wie alle übrigen Zeitungen zur Erhöhung des Bezugspreises ab 1. April d. Js. Der „Merseburger Korrespondent" kostet von diesem Zeitpunkte ab frei Haus

monatlich 1,10 M
vierteljährlich 3,30 M.

Der Inseratenpreis beträgt 30 ₰ pro Zeile.

Bestellungen können erfolgen bei unseren Austrägern, bei der Post, bei unseren Vertretern in Mücheln, Frankleben, Bennsdorf, Reipisch, Altendorf, Spergau, Föhrendorf, Schkopau und Leuna und in der Geschäftsstelle des Blattes, Kleine Ritterstr. 3. Unentgeltlich wird die Zeitung bis zum 1. April von jetzt ab an neuhinzutretende Leser geliefert.

Verlag des „Merseburger Korrespondent".

Kulturaufgaben und Reich.

Von Prof. D. Rade-Marburg,
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Ich fürchte, wir sind im Begriff, eine große Dummheit zu machen. In unserer neuen Reichsverfassung! Und ich fürchte, es ist wenig Aussicht, sie zu verhindern, und wenn man noch so überzeugend davor warnte.

Das gehört auch zu dem alten Erbe, das wir mit hinübernehmen in die neue Zeit: „Die Kulturaufgaben der Einzelstaaten!" Wohl, so ist es zum guten Teil gewesen. Und die Einzelstaaten haben schlecht und recht ihre Schuldigkeit getan. Aber hatte denn das Reich kein Interesse an unserer deutschen Gesamtkultur? Blieben ihm nicht Pflichten übrig, die nur gerade ihm, dem Gesamtstaat, zu erfüllen möglich waren? Nun, da sprang irgendein Ministerium ein, etwa das Marineministerium, und kümmerte sich um eine türkische Hochschule. Oder noch häufiger, Preußen prang ein mit seinem Kultusministerium, wohl gar mit seinem Oberkirchenrat, und sorgte für unsere Auslandsdeutschen. Soll dieses System der Stellvertretung bleiben, wenn wir jetzt unseren Staat neu aufbauen? Weshalb kein Kulturministerium im Reich?

Im ersten Entwurf leuchtete doch noch ein Hoffnungsstrahl: „Der Gesetzgebung des Reiches unterliegen . . . 12. Kirche und Schule im Rahmen der Nr. 19 und 20." Das war vernünftig und selbstverständlich. Die Grundlinien der Kirchen- und Schul-Gesetzgebung müssen von Reichs wegen für unser ganzes Volk festgelegt werden. Für charaktervolle Prägung der örtlichen und landschaftlichen Einrichtungen, für unterschiedliche Praxis wird darum noch Raum genug bleiben. Jetzt ist das obige Stückchen verschwunden. Natürlich: Kirche und Schule — das machen die Gliedstaaten. Wozu bedarf das Reich einer geistigen Einheit? Wenn nur die wirtschaftlichen und finanziellen Dinge einheitlich geregelt werden: auf die „Kultur" kommt es nicht so an.

Man kann nicht scharf genug dagegen protestieren. Es ist Bequemlichkeit, und es ist Feigheit, wenn man so an dem Bedürfnis des deutschen Volkes nach einem festeren geistigen Zusammenschluß vorübergeht. Vielleicht fürchtet man sich nur davor, daß den Einzelstaaten kaum noch etwas übrig bliebe, wenn man ihnen die Kulturpolitik nimmt. Aber man soll ihnen die ja auch gar nicht nehmen. Man soll sie nur in einen festen Rahmen einspannen. Man soll ihr nur einen öffentlichen Zusammenhang schaffen. Man soll das Besondere, was der kleine Staat nicht leisten kann, dem großen zuweisen.

Das wird um so dringender, wenn Preußen die Vormacht nicht bleibt, die es bisher war. Ein Beispiel: Das Universitätswesen. Gewiß haben die einzelnen deutschen Länder ihre Landesuniversitäten redlich gepflegt. Aber es war doch gut für diesen ganzen Betrieb, daß es einen Staat Preußen gab mit mehreren Universitäten. Mit mehr Mitteln, mit einem weiteren Horizont. Und nehmen wir an, Preußen zerfiele jetzt und wir beklämen ein „Groß-Hessen" — mit drei Universitäten: Frankfurt, Gießen, Marburg —, in welche Verlegenheit würde dieser Gliedstaat mit seinen drei Universitäten geraten! Die Hochschule Darmstadt käme auch noch dazu.

Dies wäre ein Beispiel von Innenpolitik. Aber sein Schwergewicht müßte das Reichs-Kulturministerium im Auswärtigen haben. Unsere ganze auswärtige Politik muß ja künftig in erster Linie Kulturpolitik sein. Was unsere Kriegsmacht nicht vermocht hat, die Welt erobern, das soll jetzt unsere Wissenschaft vollbringen. Dazu gehört aber eine verständige, einheitliche Staatskunst, die sich auf dies Gebiet versteht und der geistigen Arbeit die Wege ebnet.

Bedarf es mehr Worte? Es gibt der Sehenden genug. Weshalb tun sie nicht den Mund auf? Es ist Gefahr im Verzuge. Und was für eine Gefahr! Das Verfassungswerk, das jetzt in Weimar unternommen wird, soll für unabsehbare Zeiten den Grund legen.

Volkswirtschaftliches.

⊙ **Viehumlage.** Für die Viehumlage vom 1. Februar bis 30. April 1919 in Preußen soll nach dem Verteilungsplan des Landesfleischamtes die Provinz Schlesien 88 166 Rinder, Ostpreußen 55 642, die Rheinprovinz 50 033, die Provinz Hannover 46 531, die Provinz Pommern 43 233, die Provinz Brandenburg 42 609, die Provinz Posen 41 717, die Provinz Schleswig-Holstein 38 769, die Provinz Sachsen 37 489, die Provinz Westfalen 33 450, die Provinz Westpreußen 30 313 Rinder aufbringen.

*

Die Lage des Arbeitsmarktes

hat nach den übereinstimmenden Berichten der Zentralauskunftsstellen der Arbeitsnachweise in den vergangenen Wochen eine leichte Besserung erfahren, was wohl in der Hauptsache auf den Eintritt der wärmeren Witterung und der damit verbundenen vermehrten Aufnahme von Notstandsarbeiten zurückzuführen ist. Auch in der Landwirtschaft hat sich durchgängig die Nachfrage nach Arbeitskräften gehoben. Die Vermittelung hat zwar schon bessere Resultate gezeitigt als zu Beginn des Jahres — so melden sich auch bereits überall städtische Familien zur Übernahme landwirtschaftlicher Arbeiten — trotzdem aber kann der Bedarf, der jetzt von Woche zu Woche eine Steigerung erfährt, lange nicht gedeckt werden. Aus einzelnen Gebieten wird wieder berichtet, daß die Landwirte, obwohl immer auf die große Zahl der erwerbslosen einheimischen Arbeitskräfte hingewiesen wird, häufig versäumen, deutsche Arbeitskräfte einzustellen, um russische Kriegsgefangene zu erhalten. Größere Schwierigkeiten bereitet schließlich noch wie vor die Vermittelung von Forstarbeitern. Hier sind die Unterkunfts- und Lohnfragen zumeist die hemmende Ursache.

Die Arbeitsmarktlage im Bergbau ist unverändert. Die Nachfrage nach Bergarbeitern (auch ungelernten) sowohl im Steinkohlen- wie im Braunkohlenbergbau ist nach wie vor vorhanden, trotz Annäherung der Belegschaften an den Vorkriegsstand. Bei der Berufsgruppe der Tagelöhner usw. besteht zurzeit eine große Nachfrage nach Erd- und Pflasterarbeitern, Bauarbeitern und Bediensteten. Eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsmarktlage weist im allgemeinen das Baugewerbe auf, wo die Zahl der Arbeitsuchenden durchgängig erheblich zurückgegangen ist. Eine nennenswerte Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften ist jedoch in der Industrie wie bisher nur bei Tischlern, Stellmachern, sowie bei den Schuhmachern und Schneidern vorhanden.

Der Arbeitsmarkt der kaufmännischen und technischen Angestellten weist ebenfalls in den meisten Bezirken eine leichte Besserung auf. Jedoch bleibt hier das starke Angebot der schwachen Nachfrage gegenüber noch für lange Zeit hinaus weiter bestehen. Auch der weibliche Arbeitsmarkt hat keine wesentlichen Veränderungen aufzuweisen.

*

Die allgemeine Wirtschaftslage

zeigt heute ein noch dunkleres Bild als vor zwei Wochen, überall haben sich die hervorgetretenen Mißstände noch verschlimmert. Die schon bestehende Kohlennot ist durch den Streik in Mitteldeutschland und die Ausstände im Ruhrgebiet und in Oberschlesien noch bedeutend verschärft worden. Besonders zeitigen die Arbeitsniederlegungen im mitteldeutschen und sächsischen Wirtschaftsleben bisher noch nicht übersehbare Folgen.

Neben den Unzuträglichkeiten, zu denen die Zahlanlage in der Industrie geführt hat, verschlechtert der Rohstoffmangel noch zusehends die wirtschaftliche Lage. In Süd- und Mitteldeutschland liegen die Dinge am schlimmsten, weil hier auch die Anfuhr von Material durch die stockenden Bremsstöße verhindert wird. So klagt die sächsische Glasindustrie über die Unmöglichkeiten der Beschaffung von Glasand, Sulfat, Pottasche, Soda. Die Lage der Textilindustrie ist bekannt. Die Zigarettenindustrie dürfte infolge des Ausgehens der vorhandenen Rohtabakmengen spätestens im Mai zum Liegen kommen. Die Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie klagt über die ungenügende Belieferung mit Silber. Hier sind die Aussichten auch für die Zukunft ungünstig, weil die deutsche Silberproduktion (Mansfeld) infolge Stillegung der Förderung ins Stocken geraten ist.

Die Belieferung der Industrie mit Kohlen, Rohmaterialien und Halbfabrikaten ist, wie bekannt, zu einem sehr großen Teil der Verkehrsschwierigkeiten wegen fortgesetzt ungenügend und unbefriedigend. Auch die Abtransportverhältnisse bezüglich der Fertigerzeugnisse liegen noch im Argen.

Auch die weiteren Erschwernisse der Produktion: Materialverteuerung, erhöhte Löhne, Arbeitsunlust, Verkürzung der Arbeitszeit usw. bestehen in unveränderter Schärfe fort. Die sächsischen Glashütten, die durch den Kohlen- und Rohstoffmangel zum völligen Stillegen verurteilt sind, klagen, daß sie bei dem Schwinden der Betriebskapitalien nicht mehr lange die Entschädigung an die Arbeiter für den fortgesetzten Arbeitsausfall leisten können; die Lebensfähigkeit der Betriebe ist völlig in Frage gestellt.

Zu aller Verschärfung an Produktion kommt der Mangel an Aufträgen, der immer größeren Umfang annimmt, je mehr die Betriebe die Friedensbeschäftigung wiederaufzunehmen sich bestreben. Da der heimische Verbrauch unentbehrliche Voraussetzung für die Ingangsetzung der Industrie ist, stockt die deutsche Wirtschaftsmaschinerie auch für ihre ausländischen Auftraggeber — soweit sie nicht schon ohnehin ausscheidet, weil ihre Produktionskosten jeden Wettbewerb unmöglich machen. So wie die Dinge sich bisher anließen, eröffnet sich der allertrauriste Aspekt für unsere Stellung in der Volkswirtschaft.

Gewinn-Auszug
der
13. Preuss.-Südd. (239. Preuss.) Klassenlotterie

3. Klasse — 2. Ziehungstag — 2. März 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 144 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 3000 M 105455
4 Gewinne zu 1000 M 136183 205104
12 Gewinne zu 500 M 12259 14473 67414 74464 151900 187068
28 Gewinne zu 400 M 14342 24173 24936 71037 72155 82298 82634 103052 105090 141253 146945 157842 205019 222317
62 Gewinne zu 300 M 4985 7576 30958 42653 47998 49565 49986 55130 73859 77223 83555 89532 91233 98503 102278 107126 112807 112977 131884 138437 153969 158439 162196 164165 170908 171187 173742 183479 186839 208137 216968

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 144 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 75000 M 74741
2 Gewinne zu 50000 M 7831
2 Gewinne zu 15000 M 132961
2 Gewinne zu 5000 M 208490
4 Gewinne zu 1000 M 58477 161035
18 Gewinne zu 500 M 34406 62583 65256 76639 86024 158071 158071 197059 206920 213739
18 Gewinne zu 400 M 1768 46636 110754 128933 144540 160263 171859 189714
60 Gewinne zu 300 M 4445 5538 7773 8247 14837 19748 26064 32341 42970 54645 59501 63503 65795 71910 83068 87597 97955 98855 98243 119699 115136 115976 116965 130597 143751 151981 153524 202129 203467 209193

Arme Liane.

Originalroman von H. Courths-Mahler.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Unverschämt!" stieß Graf Joachim Rastenau hervor.

„Es war natürlich nur eine Ausrede, Onkel Joachim, denn der Brief trug keine ihr wohlbekannte Adresse — wie gewöhnlich sollte der Brief an deinen Berliner Bankier gehen, der dir die Briefe stets nachschickt, weil er immer weiß, wo du dich gerade befindest auf deinen Reisen. Also jedenfalls hatte sie nicht den Schein eines Rechtes, anzunehmen, daß es ein Liebesbrief sei. An wen soll ich auch Liebesbriefe schreiben? Sie weiß doch, daß ich keinen jungen Herrn kenne. Und seit dieser Zeit ist sie mir direkt verächtlich geworden. Ich mag sie nicht mehr um mich haben. Und sie merkt das und schlägt zuweilen einen gehässigen, drohenden Ton an, der mir allerdings noch lieber ist, als ihre frivolen Vertraulichkeiten."

Graf Rastenau sprang auf und ging einige Male erregt im Zimmer auf und ab.

Sie sah ihm unruhig nach.

„Hätte ich es dir nicht sagen sollen, Onkel Joachim?"

Er trat zu ihr und streichelte weich und lind über ihr goldig schimmerndes Haar.

„Daß du nicht Vater und Mutter hast, mein armes Kind!" brach es in schmerzlicher Erregung über seine Lippen und seine Augen sahen gramvoll auf sie nieder.

Sie schmiegte sich an ihn.

„Ich habe ja dich, Onkel Joachim."

„Aber ich muß dich so viel allein lassen — kann meine Hände nicht immer über dich halten, wie ich möchte. Deshalb ließ ich dich so lange in der Pension. Dort wußte ich dich gut aufgehoben inmitten fröhlicher Gefährtinnen."

Liane lächelte.

„Einmal mußte ich aber doch das Pensionat verlassen, Onkel Joachim. Ich war doch beinahe 20 Jahre alt, als ich es vor Jahresfrist verließ und endlich zu dir kommen durfte."

„Ja, ja — ich verstand ja auch dein Sehnen, hinauszukommen in die Welt."

„Nur nach dir sehnte ich mich," sagte sie, ihn liebevoll ansehend. Er drückte ihr Köpfchen an sich.

„Mein Liebling! Leider hast du auch jetzt nicht viel von mir. Und was du mir über Frau Doktor sagst, beunruhigt mich sehr."

„Das wußte ich, deshalb schwieg ich so lange. Du bist ja besorgt um mich wie ein Vater. Am liebsten hätte ich dir garnichts gesagt, aber heute drängte es sich fast gegen meinen Willen über meine Lippen."

„Gottlob! Diese Frau scheint mir nicht einwandfrei als Beschützerin einer jungen Dame, mag sie auch als Hausdame, wie mir gerühmt wurde, Tüchtiges leisten. Was du mir gesagt hast, bestimmt mich, sie zu entlassen. Wir werden einen besseren Ersatz für sie finden. Ich werde keine Ruhe mehr haben, wenn ich dich mit ihr allein weiß."

Liane atmete auf.

„Es ist mir lieb, daß du sie entlassen wirst. Dann brauche ich doch ihre häßlichen Reden nicht mehr mit anzuhören."

„Was sind das für Reden, Liane?"

Sie zögerte und sah unschlüssig vor sich hin.

„Wiederholen kann ich sie dir nicht, es sind meist nur Andeutungen, die ich nicht verstehe, die aber alle einen frivolen Beigeschmack haben, der mir die Röte ins Gesicht treibt. Wenn ich sie ersuche, solche Reden zu unterlassen, lacht sie höhnisch und sagt, ich solle mich nur nicht so zimperlich aufspielen, das sei „doch nur Heuchelei und Verstellung."

Er sog sie fest, als müsse er sie vor drohenden Gefahren beschützen, und seine Stirn rötete sich, während seine Augen zornig blitzten.

„Ich werde ihr in diesen Tagen sagen, daß ich sie entlasse. Und sofort werde ich Schritte tun, eine andere Dame zu engagieren. Diesmal will ich vorsichtiger sein."

Mit großer Innigkeit umfaßte sie ihn.

„Ach, nun ist mir ein Stein vom Herzen, das kannst du mir glauben."

Er küßte sie zärtlich.

So standen sie innig umschlungen, als sich leise die Tür öffnete und Frau Doktor Bartels eintrat. Sie war eine große stattliche Erscheinung mit auffallenden, schleichenden Bewegungen und kalten, etwas vorstehenden Augen, in denen es zuweilen, wenn sie sich unbeobachtet glaubte, falsch und hinterlistig aufzuckte. Um ihren Mund, der volle, dicke Lippen hatte, lag ein Ausdruck der Verriet, daß sie niedriger Empfindungen fähig war. Das alles verbarg sie aber meist unter einer öligen Würde, die auf Menschen, die sie nicht näher kannten, echt wirkte. Sie wurde bei ihrem Eintritt nicht gleich bemerkt und sah wieder mit einem hämischen Lächeln auf die beiden Menschen. Dann räusperte sie sich vernehmlich.

Liane fuhr erschrocken aus Onkel Joachims Armen auf, weil sie ihren Eintritt nicht bemerkt hatte und sich mit ihm allein glaubte. Dies Erschrecken deutete sich Frau Doktor Bartels auf ihre Art.

„Verzeihung, wenn ich störe," sagte sie in ihrer ölig würdevollen Art, „ich wollte nur fragen, ob ich das Mittagessen anrichten lassen darf."

Graf Rastenau wandte sich nach ihr um, und heute fiel es ihm auf, daß in ihrem Gesicht etwas Falsches, Lauerndes lag.

„Bitte lassen Sie anrichten," sagte er mit der rubigen Vornehmheit seines Wesens.

Liane sah mit einem unbehaglichen Gefühl, daß Frau Doktor ihr hinter dem Rücken des Onkels einen höhnisch verächtlichen Blick zuwarf.

„Nun, Fräulein Liane, jetzt sind Sie wohl wieder besserer Laune, da der Onkel wieder heimgekehrt ist?" fragte sie mit einem seltsamen Ausdruck. Und ohne eine Antwort abzuwarten, wandte sie sich dem Grafen zu und fuhr fort: „Fräulein Liane hat Sie sehnsuchtsvoll erwartet, Herr Graf. Es ist rührend, wie sie an Ihnen hängt."

Graf Rastenau war gegen diese Frau mißtrauisch geworden und sah sie durchdringend an. Als sie die erste Zeit ihre Stellung bekleidet hatte, war sie ihm gegenüber äußerst liebenswürdig, fast etwas aufdringlich gewesen. Es hatte ihm fast den Eindruck gemacht, als sei sie nicht abgeneigt gewesen, sich um seine Gunst zu bemühen. Und das war wirklich so gewesen. Sie hatte die leise Hoffnung gehegt, er würde sie eines Tages zur Gräfin Rastenau machen. Für unmöglich hatte sie es nicht gehalten, daß der fünfzigjährige Junggeselle sich von ihr zum heiligen Ehestand bekehren lasse. Vermögend schien er auch zu sein, oder seine Geschäfte, die ihn so viel vom Hause wegführten, brachten ihm viel ein. Also jedenfalls hielt es Frau Doktor Bartels für lohnend, sich um seine Gunst zu bewerben. Aber dann mochte sie wohl plötzlich eingesehen haben, daß ihre Bemühungen vergeblich waren. Während seiner letzten Anwesenheit im Februar hatte sie mit einem Male ihr Benehmen gegen ihn geändert. Die neckische Liebenswürdigkeit, mit der sie sich jugendlich aufführen wollte, wich der stiligen Würde und einer kühlen Zurückhaltung. Und genau von demselben Zeitpunkt an legte sie Liane gegenüber ein feindliches und doch unangenehm vertrauliches Wesen an den Tag.

„Das weiß ich, Frau Doktor, und es beruht auf Gegenseitigkeit. Also bitte, lassen Sie anrichten," sagte der Graf reserviert.

„Gewiß, ich bitte um Entschuldigung, wenn ich gestört haben sollte," erwiderte sie mit einem lauernden Blick.

„Sie haben mich nicht gestört," antwortete er.

Liane wandte sich, gequält von dem lauernden Blid dieser Frau, ab, dem Fenster zu. Frau Doktor verließ mit ihren schleichenden Bewegungen, die so sehr in Widerspruch standen mit ihrer großen, kräftigen Gestalt, das Zimmer.

Graf Rastenau wandte sich seiner Pflegetochter Liane wieder zu. Er war nicht ihr Onkel, sondern wurde nur von Kindheit zu von ihr genannt. Er nahm ihre Hand.

„Diese Frau Doktor ist wirklich eine sehr unangenehme Persönlichkeit. So lange ich glaubte, sie sei dir ein Schutz und Hort, habe ich mich bemüht, sie sympathisch zu finden. Heute mißlang mir das vollständig. Aber nun sei nicht mehr verstimmt, Liane. Es war ein Mißgriff von mir, sie zu engagieren. Den muß ich wieder gut machen. Sie wird entlassen und du bekommst eine andere Ehrenhafte. Die Stimmung wollen wir uns dadurch nicht trüben lassen, trotzdem die wenigen Tage, die ich bei dir sein kann, recht von Herzen genießen."

Liane schob mit aufleuchtenden Augen und im kindlichen Vertrauen ihren Arm unter seinen Arm.

„Ja, das wollen wir, Onkel Joachim. Verzeih, wenn ich mich ein wenig verstimmen ließ. Es war töricht von mir. Keine Minute deiner Anwesenheit will ich mir trüben lassen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190321-11/fragment/page=0005

Verordnung
über die Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung eines Bedarfs an Arbeitskräften.

Vom 17. Februar 1919.

§ 1.

Jeder Arbeitgeber, welcher fünf oder mehr Arbeitskräfte benötigt, ist verpflichtet, deren Zahl, Beschäftigungsarten und Arbeitsplätze binnen 24 Stunden nach Eintritt des Bedarfs bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise, welcher sich mit der Vermittlung von Arbeitskräften der benötigten Beschäftigungsart befaßt, anzumelden.

§ 2.

Ein Arbeitgeber, der einen Bedarf an Arbeitskräften der gleichen Art bei verschiedenen, nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen anmeldet, ist verpflichtet, bei der zweiten und jeden folgenden Anmeldung anzugeben, bei welchem Arbeitsnachweis er denselben Bedarf bereits angemeldet hat.

§ 3.

Die Verpflichtung nach §§ 1 und 2 trifft an Stelle des Arbeitgebers diejenigen Personen, welche von ihm allgemein oder für den Einzelfall mit der Annahme von Arbeitskräften für seine Zwecke beauftragt sind.

§ 4.

Die nach den §§ 1 und 3 meldepflichtigen Personen haben jede Besetzung der als offen angemeldeten Arbeitsplätze den Arbeitsnachweisen, bei denen die Anmeldung erfolgt ist, binnen 24 Stunden mitzuteilen.

§ 5.

Meldepflichtige Personen, welche einer der vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

§ 6.

Bereits ergangene weitergehende Verordnungen der Demobilmachungsbehörden über Meldevorschriften im Sinne dieser Verordnung bleiben in Kraft.

§ 7.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 17. Februar 1919.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung.
gez. Koeth.

Veröffentlicht!

Die offenen Stellen bitte ich dem Oeffentl. Arbeitsnachweis Alt. Ritterstraße 17, Fernruf 218 bekannt zu geben.

Für den Bezirk Schkeuditz kommt der Arbeitsnachweis in Schkeuditz, Weststraße 2, Fernruf 282 in Frage.

Merseburg, den 15. März 1919.

Der Landrat.
Freiherr v. Wilmowski.

Bekanntmachung.

Gemäß den Bekanntmachungen des Bundesrats vom 22 November 1917 und vom 17. März 1918, betreffend Erhöhung der Grundlöhne und Bemessung der Beiträge, hat der Vorstand der unterzeichneten Kasse mit Genehmigung des Oberversicherungsamts ohne Aufnahme in die Satzung einstimmig beschlossen:

1. Der Grundlohn wird bis auf weiteres festgesetzt
für Klasse I auf 5,00 Mk.
" " II " 3,50 "
" " III " 2,00 "

2. An Kassenbeiträgen werden bis auf weiteres wöchentlich erhoben:
in Klasse I 150 Pfg.
" " II 105 "
" " III 60 "

Die Aenderungen treten am 1. April 1919 in Kraft.

Merseburg, den 14. März 1919.

Der Vorstand der Landkrankenkasse Merseburg,
v. Richter,
Vorsitzender.

Wegen Aufgabe des Geschäfts

Auktion! kommen am **25. März 1919**
11 Uhr vormittags
in Lauchstedt, Parkstraße 179 a

folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf:

20—30 Festmeter geschnittene Stellmacher-Hölzer, Esche und Rüster und verschiedenes bis 25 cm Breite, 1 fast neue Radmaschine mit Zubehör, Stellmacher-Handwerkszeug, sowie verschiedene Achsen, starke u. schwache Patentachsen u. Schmiereachsen, 1 Kniehebel und Federn, Gewindeschneidedeckplatte mit Bohren zu verschiedenen Stärken, sowie Brennholz und einige Wirtschaftsgegenstände.

Alles Nähere im Termin.

August Hütter, Wagenbauer.

Bei

Hals- und Lungenleiden

aller Art, wie Katarrhen, tuberkulösen Erkrankungen, Asthma usw. erzielen, wie zahlreiche Mitteilungen von Ärzten, Apothekern und Leidenden einwandfrei beweisen, unsere

Rotolin-Pillen

in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.

Husten, Verschleimung, Auswurf,

Nachtschweiß, Stiche im Rücken u. Brustschmerz hörten auf; Appetit und Körpergewicht haben sich rasch; allgemeines Wohlbefinden stellte sich ein. — Erhältlich die Schachtel zu 3,— Mk. in allen Apotheken; wenn nicht vorrätig, auch direkt von uns durch unsere Versandapotheke.

Ausführliche Broschüre kostenlos durch:
Ploetz & Cie., Berlin SW. 68.

Achtung! / Achtung!

Empfehle meine selbstgearbeiteten Waren:

Auftragbürsten	**Kleiderbürsten**
Glanzbürsten	**Bratenbürsten**
Scheuerbürsten	**Kuchenstreichen**
verschiedener Art	**Roßhaarbesen**
Schrubber	**Roßhaarhandfeger**
Gläserbürsten	**Reisstrohbesen**
Kartätschen	**Reisstrohhandfeger.**

Sämtliche Waren sind gut und dauerhaft gearbeitet.
Für Wiederverkäufer größerer Posten Rabatt.

Wilh. Götze, Bürstenmacher,
Neumarkt 78. * Neumarkt 78.

Kaufmännische Angestellte der Groß-Industrie

Öffentl. Versammlung

Freitag den 21. März 1919, abends 8 Uhr
im „Neuen Schützenhause"

Walther Lambach-Hamburg
spricht über das Thema:

Die Sozialisierung und die wirtschaftliche Not der kaufmännischen Industrie-Angestellten!

Ortsgruppe und Kohlen- und Eisenindustrie-Beamtengruppe im D.H.V.

60 Stück Weiden-
Schippen-Stiele
verkauft Meuschau 37.

1 fast neuer, gepolsterter Kinder-Klappstuhl
zu verk. Weißenfelser Str. 24, pt.

Eine 2schläfrige Bettstelle mit Matratze, ein Sitz- und Liegewagen sowie eine große Kiste sind zu verkaufen
Clobikauer Straße 4.

Achtung! Achtung!
Für Brautpaare!
Fortzugshalb. verkaufe sämtliche Küchen-, Schlafs- und Studenmöbel. Sämtl. Sachen sind noch in sehr gutem Zustande. Off. u. M G O a. d. Exp. d. Bl.

Seifenstein
in Stücken abzugeben. Offerten unter B K 100 a. d. Exp. d. Bl.

Futterrüben
gegen Heu und Stroh gibt ab Winkler, Clobikauer Straße 30.

Samen,
Möhren, lange, rote, abgerieben, Zwiebeln, gelbe Zittauer, Gurken, mittellange, grüne, Speise-Zwiebeln, Steck-Zwiebeln
Landw. Hausfrauenverein
Gr. Ritterstr. 1.

Ausgekämmtes Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Klinge, Bahnhofstr. 8a.

Cinophon-Theater

Große Ritterstraße 1 * Fernruf 215

Ab Freitag bis Sonntag
großes Doppelprogramm

Das Spiel mit dem Feuer

Ergreifendes Drama in 5 Akten mit der beliebten Künstlerin Lotte Neumann

Liebesspiel

Lustspiel in 3 Akten. Hauptdarsteller:
:: Baldemar Psilander ::

Der eiserne Käfig

Detektiv-Drama in 4 Akten. In der
:: Hauptrolle: Mogens Enger ::

Sonntag ab 3 Uhr: Jugend-Vorstellung, ab 5 u. 7½ Uhr: Vorstellungen für Erwachsene

— Heute Donnerstag zum letzten Male: —
Söhne des Volkes

Großer Posten
kräft. Reisigbesen
ohne Stiel
frisch eingetroffen bei
Wilh. Götze, Bürstenmacher, Merseburg, Neumarkt Nr. 78, Eing. z. Torein.

Kreissparkasse Merseburg

Bahnhofstrasse 3
unter Haftung und Sicherheit des Kreises.
Postscheck-Konto Leipzig 8806 Fernruf 540.

Spareinlagen mit täglicher Verzinsung werden jederzeit — auch im Ueberweisungsverkehr — angenommen.

Rückzahlungen erfolgen je nach Vereinbarung sofort ohne Kündigung.

Sicherheitsmaßnahmen gegen unberechtigte Abhebungen.

Unbedingte Verschwiegenheit über alle Geschäftsvorkommnisse.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Einlösung fälliger Zinsscheine und gelostes Stücke.

Darlehne an Jedermann gegen Sicherstellung durch Hypothek oder Pfand.

Spezial-Anstalt zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Eröffnung von provisionsfreien Girokonten für Jedermann.

Völlig kostenlose Ausführung von Geldüberweisungen an jede Person im Deutschen Reiche, auch Einziehung von Schecks und Wechseln.

Unentgeltliche Abgabe von Formularen und Scheckheften.

Schnellste Erledigung von schriftlichen Aufträgen.

Voranzeige.

Funkenburg.

Sonnabend und Sonntag
großer humoristischer bunter Abend.
Ausgeführt von nur ersten Kräften.
Vorverkauf im Zigarrengeschäft von Herrn Brendel, Gotthardistraße.
— Alles Nähere siehe Hauptannoncen. —

Städtische Oberreal-Schule zu Eisleben.

Neuanmeldungen zur Aufnahme in die Sexta und sämtliche Klassen der Oberrealschule werden täglich von 11—12½ Uhr im Amtszimmer des Direktors entgegengenommen (Geburtsurkunde, Impfschein, Abgangszeugnis der bisher besuchten Schule sind vorzulegen). Pensionen werden durch die Schulleitung nachgewiesen. Das neue Schuljahr beginnt am 29. April 1919, morgens 8 Uhr.

Dr. Ebert, Oberrealschuldirektor.

Achtung!
Frauenhaar, Roßhaar, Kaninchenfelle, Lumpen und Alt-Metalle kauft zu höchsten Preisen
Frau **Irmisch,** Johannisstr. 16, pt.

Neu eingetroffen:
Fahrradschläuche
Laufdecken
Ventilgummi
Klebstoff
Ia. Batterien
Stück 1.60 M.
bei
Paul Geheb
Olgrube 15

Kranken Frauen
und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinen langjährigen Frauenleiden (Weissfluss) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten. Frau
Marie Bessel, Berlin 11,
Hallesche Str. 23.

Weißer Scheuer- und Streusand
zu verkaufen. Fischerstr. 1.

Karbid
(markenfrei), Kilogramm 1.80.

Taschenlampen-Batterien
von 1.50 an.
Auto-Engel,
Fernruf 203. Weißenfelser Str. 7.

Schellack und Leinölfirnis
(jedes Quantum) gegen sofortige Kasse kauft Max Vogelpohl, Halle-Saale, Grüfstr. 14.

Radfahrer-Verein „Jugendlust" Löpitz
Sonntag den 23. d. Mts., von abends ½7 Uhr an
Ballmusik
Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Schießklub Kötzschen
(Köhes Gasthof).
Sonntag den 23. März 1919, von nachmittags 3 Uhr ab
Ball-Musik!
Dazu ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Männer-Turn-Verein.
Merseburg 1861
Sonntag, 23.3.,
Ausflug nach Meuschau!
Daselbst im „Kaffeehaus"
Tanz-Kränzchen
von nachmittags 4 bis 10 Uhr.
Nur Mitglieder und ihre Angehörigen werden dazu eingeladen.

Scheuertücher
gute Qualität, Reichsware
jedes Quantum
sofort lieferbar bei
Otto Dobkowitz

Fuhren
aller Art
wie Kohle, Sand, Asche usw.
besorgt **Emil Jentsch,**
Neumarkt 76.

Solide, billige
Malerarbeiten
liefert
Weber, Maler, Dekorations-
Roter Feldweg 2, 1. Etage.

Privatgärten.

:: Neuanlagen, Instandsetzungen, :: Anpflanzungen, sowie Lieferungen von Bäumen, Sträuchern, Nadelhölzer, Rosen, Weine usw. werden :: sofort u. preiswert ausgeführt. ::

O. Rich. Schumann, Landschaftsgärtner,
Fernruf 538. - Lauchstedterstraße 21 - Fernruf 538.

Bekanntmachung.

Das Betreten meines **Trägerlagerplatzes** am Güterbahnhof ist strengstens **verboten.**
Für Kinder mache ich die Eltern verantwortlich.

C. F. Meister.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190321-11/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,— Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Schiffsanzeigen und Nachweisungen 20 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 60. Freitag, den 21. März 1919. 45. Jahrg.

Die vorläufige Verfassung Preußens.

Von Dr. Walther Schreiber-Halle,
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Es liegt im Wesen von Revolutionen, daß sie nicht nur die Inhaber der Staatsgewalt beseitigen, sondern auch die gesetzlichen Grundlagen, denen diese ihre Herrschaft verdankten. So haben die Novemberstürme des vorigen Jahres auch die Verfassung hinweggefegt, die das preußische Volk vor nahezu 70 Jahren nicht als Erfüllung aller Hoffnungen, aber als wesentlichen Fortschritt seiner politischen Entwicklung in jahrelangen heißen Kämpfen erstritten hatte. Kein Zweifel, mochte die oktroyierte Verfassung von 1850 noch so viele Mängel haben, einer der größten war es sicherlich, daß die guten und echt freiheitlich-demokratischen Grundsätze, die in ihr nicht fehlten, nicht immer in dem Geiste verstanden wurden und Anwendung fanden, der ihrem Wesen entsprach. Das war vielleicht der Hauptgrund, weshalb sie eines Tages ganz und gewaltsam verschwinden mußte, statt sich organisch weiter zu bilden entsprechend den Bedürfnissen der nicht rastenden Entwicklung.

Reichlich vier Monate nach Ausbruch der Revolution schickt sich Preußen nun endlich an, seinen Bürgern eine neue Verfassung zu geben. Man kann nicht sagen, daß die gegenwärtige preußische Regierung sich besonders beeilt hätte, ihre Pflicht auf diesem Gebiete zu erfüllen. Freilich soll nicht verkannt werden, daß die Verfassung Preußens nicht unwesentlich beeinflußt werden muß von dem Staatsgrundgesetz, das in Weimar für das Reich beschlossen werden wird. Das schließt aber nicht aus, daß der gesetzlose Zustand schleunigst beseitigt werden muß, der gegenwärtig in Preußen besteht. Leitet doch die vorläufige Regierung ihre Befugnis noch immer lediglich aus dem Rechte der Revolution her, und das kann nicht ewig währen. Eines der Ziele der Revolution war es ja, alle Souveränität auf das Volk zu übertragen. Das souveräne Volk hat gesprochen, die Landesversammlung ist seit geraumer Zeit gewählt und damit ist sie die alleinige Quelle des Rechts, und es gibt kein Recht mehr, das aus der Revolution heraus geschöpft werden könnte.

Dieser Schlage will die vorläufige Regierung Rechnung tragen durch den Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen, dessen Zweck es lediglich ist, die Grundlagen zu schaffen für die Bildung einer gesetzmäßigen Regierung, um damit bis zur Annahme der neuen Verfassung die Leere auszufüllen, die durch die Aufhebung der alten entstanden ist. Diesem vorläufigen Charakter der Notverfassung entsprechend, beschränkt sich die Vorlage auf einige wenige Vorschriften, deren bedeutungsvollste diejenige ist, die dem Präsidenten der Landesversammlung an Stelle eines besonderen Staatspräsidenten die Befugnis einräumt, die Regierung zu berufen. Um diese Bestimmung werden sich bei den jetzt beginnenden Kommissionsberatungen die lebhaftesten Auseinandersetzungen drehen. Würde doch die Annahme dieses Regierungsvorschlags einen Teil der exekutiven Gewalt und damit eine Macht in die Hand des Parlamentspräsidenten legen, die seinem Amte sonst vollkommen fremd ist. Dagegen bestehen nicht unerhebliche Bedenken. Der Parlamentspräsident pflegt jedenfalls nicht gewählt zu werden mit Rücksicht auf seine besondere staatsmännische Befähigung, sondern mit Rücksicht auf seine besondere parlamentarische Erfahrung und seine Gewandtheit in der Leitung parlamentarischer Geschäfte. Mag er auch, um den Willen zur Unparteilichkeit nach außen hin recht deutlich in Erscheinung treten zu lassen, aus seiner Fraktion ausscheiden, der Parlamentspräsident bleibt doch der Ausdruck einer ganz bestimmten parlamentarischen Konstellation. Das ist die Ursache, weshalb seine Person nicht die Gewähr dafür bietet, daß er die Unparteilichkeit, die er bei der Leitung der parlamentarischen Verhandlungen üben mag, auch dann betätigen wird, wenn es sich um einen Staatsakt handelt, der, wie die Berufung eines Ministeriums, die Interessen seiner Partei in ungleich höherem Maße berührt, als das bei der Leitung der parlamentarischen Geschäfte der Fall ist.

Parlamentarische Konstellationen, und damit in Zukunft die Bildung der Ministerien, unterliegen bisweilen einem schnellen Wechsel, aber eine Änderung in der Besetzung des Präsidentenamtes ist damit nicht verbunden. Schon daraus müßten unerfreuliche Konflikte sich ergeben. Es ist aber vor allem im Interesse des Volkes notwendig, daß eine Instanz geschaffen wird, die gegebenenfalls die Rechte des Volkes gegenüber dem Parlament vertritt. Dazu ist der Präsident b[illegible] enn er hat unter allen [illegible] s soll also geschehen, [illegible] es Ministeriums nicht [illegible] ung eine arbeitsfähige [illegible] e des Volkes die Mög- [illegible] ine andere Zusammen- [illegible] f es einer außerhalb [illegible] ine stetige ist und das [illegible]

[illegible] den wird die von der [illegible] ebenen Seiten Wider- [illegible] n, die Exekutivgewalt, [illegible] e Deutsche Volkspartei [illegible] präsidenten für Preußen [illegible] präsidenten würde die [illegible] esstaaten, dem preußi- [illegible] en erwählten, und wir [illegible] Stelle der mehr als [illegible] ebenso eifersüchtig wie [illegible] d dadurch zu einem [illegible] Wege zum deutschen [illegible] h wenn die Kraft der [illegible] on jetzt durchzusetzen. [illegible] s notwendig sein, an [illegible] schaffen, die frei von [illegible] diglich administrativen [illegible] r man den schlichten [illegible] tsfiers von Preußen [illegible] sich die Absicht der Regierungsvorlage, den Weg zur deutschen Einheitlichkeit offen zu halten, vereinigen läßt mit der Notwendigkeit, eine Stelle zu schaffen, die eine stetige Führung der Staatsverwaltung verbürgt.

Preußische Nationalversammlung.

Berlin, 19. März.

In der heutigen Sitzung der preußischen Landesversammlung wurde der Antrag Hoffmann (Unabh.) auf Aufhebung des Belagerungszustandes in einfacher, der Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission, bestehend aus Mitgliedern der Landesversammlung und des Vollzugsrates, in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 342 Stimmen abgelehnt. Stürmische Heiterkeit erregte, daß Hoffmann selbst, in das Studium von Akten vertieft, gegen seinen eigenen Antrag stimmte. Der Antrag der Mehrheitssozialisten auf Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern, die gemäß Artikel 82 der alten Verfassung die Ursachen und den Verlauf der Berliner Märzunruhen feststellen soll, wird einstimmig angenommen.

Hierauf kam ein deutschnationaler Antrag zur Besprechung, den Abg. Dr. von Kries begründet.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung hat alles versucht, um die

als Geiseln von den Polen zurückgehaltenen Abgeordneten zu befreien.

Leider erfolglos. Auch unser Ersuchen bei der interalliierten Kommission war erfolglos. Wir werden natürlich unsere Bemühungen fortsetzen.

Abg. Wende-Bromberg (Soz.) unterstützt den Antrag.

Abg. Aronsohn (Dem.) legt der Regierung nahe, die Verhandlungen mit dem Osten abzubrechen, wenn sie keine Antwort bekomme.

Abg. Fräulein Poehlmann (D. Vpt.): Zum ersten Male spricht eine Frau von dieser Tribüne. Wir erwarten von der Regierung, daß sie mit der erforderlichen Energie vorgeht, um die zurückgehaltenen Abgeordneten zu befreien.

Abg. Lichtenstein (U. S.) wendet sich gegen die widerrechtliche Zurückhaltung. Diese komme daher, daß gegen führende polnische Persönlichkeiten früher

ganz gleichartige Mittel angewendet wurden.

Abg. Maiß (Ztr.) erklärt sich für den Antrag.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Es folgt die zweite Beratung des vorläufigen Verfassungsentwurfes.

Berichterstatter Abg. Dr. Heilbronn (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Die vorgeschlagenen Änderungen lassen die Grundlage des Entwurfes unberührt.

Abg. Heilbronn (Soz.) wendet sich gegen den Antrag der Unabhängigen, wonach die Gesetzgebung durch die Landesversammlung in Übereinstimmung mit der Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte erfolgen soll. Die Ausschußfassung müsse aufrechterhalten bleiben.

Abg. Dr. Am Zehnhoff (Ztr.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag der Unabhängigen, ebenso gegen einen Antrag der Rechten, das Wort „Republik" in der Verfassung zu streichen.

Abg. Dr. Kähler (Dn.) begründet den Antrag auf Streichung des Wortes „Republik".

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Herrn Heilbronn werden die Arbeiter- und Soldatenräte wegen seiner heutigen Stellungnahme gegen sie gründlich den Kopf waschen.

Abg. Dr. Friedberg (Dem.): Das Rätesystem, dieses Berufswahlsystem,

ist eine ganz reaktionäre Einrichtung,

die wir ablehnen. Die Unabhängigen wollen nicht Recht und Gerechtigkeit, sondern daß die brutale Gewalt über dieser Versammlung stehen soll.

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.): Die Einfügung des Rätesystems ist mit einem demokratischen Staatsaufbau unvereinbar. Das Notveränderungsrecht können wir der Regierung allerhöchstens im Rahmen der Ausschußbeschlüsse zubilligen.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Heilbronn (Soz.) gegen die Unabhängigen wird § 1 unverändert nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen, ebenso § 2.

Weiterberatung Donnerstag 3 Uhr (außerdem Diätenvorlage und Anträge).

Schluß 7 Uhr.

Die preußische Regierungsbildung

Die Besprechungen zwischen den Demokraten, den Sozialdemokraten und dem Zentrum über die Bildung eines preußischen Koalitionskabinetts haben am Mittwoch begonnen, sind aber bald abgebrochen und auf Donnerstag vertagt worden. Die Schwierigkeiten liegen ausschließlich auf dem Gebiete der Schulpolitik. Eine Annäherung zwischen den Auffassungen des Zentrums und der Sozialdemokraten ist bisher nicht erfolgt. Man glaubt in Zentrumskreisen aber noch, daß die Sozialdemokratie nachgeben werden.

Neueste Nachrichten.

Wichtige Beschlüsse der Sozialisierungskommission.

Berlin, 20. März. (Priv.-Telegr.) Die Sozialisierungskommission hat der Reichsregierung den Entwurf eines Rahmengesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben überreicht, nach welchem den Gemeinden das Recht der Kommunalisierung für eine Reihe von Wirtschaftszweigen zugesprochen wird, ohne an staatliche Genehmigung gebunden zu sein. Die Ausübung dieses Rechts ist an die Genehmigung der Landeszentralbehörde geknüpft, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen und zu weitgehende Beschlüsse der Gemeinden zu verhindern. Solange eine einheitliche Regelung durch das Reich noch aussteht, soll das zur Durchführung der Kommunalisierung erforderliche Enteignungsrecht gegen Entschädigung den Gemeinden verliehen werden.

Englische Volksstimmen.

Amsterdam, 20. März. (Priv.-Tel.) Bei der Beratung der Finanzlage im englischen Unterhaus wurde in der Debatte von verschiedenen Rednern Aufhebung der Blockade gefordert. Nur ein guter Außenhandel könne die traurige Finanzlage bessern. Deutschland sei für viele Artikel der beste Abnehmer.

Die Rote Garde auf dem Marsche!

London, 20. März. Das Reuter-Büro erfährt, daß nach amtlichen Berichten, die in London eingetroffen sind, die Lage in Odessa kritisch ist. Die Nachricht, daß die Stadt tatsächlich von den Alliierten geräumt wurde, wurde bisher weder bestätigt, noch dementiert.

Abbruch der Posener Verhandlungen.

Berlin, 20. März. Der Abbruch der Posener Verhandlungen wurde von seiten der Entente in einer in französischer Sprache abgefaßten Note mitgeteilt, in der der Standpunkt der Alliierten ausführlich dargelegt wird. Der authentische deutsche Wortlaut dieser Note wird von der Waffenstillstandskommission morgen vormittag veröffentlicht werden.

Berlin, 20. März. (Priv.-Telegr.) Zum Abbruch der Verhandlungen in Posen äußert die „Deutsche Allgem. Ztg.": Wenn es auch der Chef der Interalliierten Kommission, der französische Botschafter Noulens, war, der den Abbruch aussprach, so kommt doch auch darin zum Ausdruck, daß der eigentliche Grund in der Weigerung der deutschen Waffenstillstandskommission und der Obersten Heeresleitung zu suchen ist, über die Grenze der mit deutscher Ehre zu vereinbarenden Zugeständnisse hinauszugehen.

General v. Armin totgesagt.

Amsterdam, 20. März. Englische wie französische Blätter erhalten die Meldung, daß General Sixt von Armin, der im März 1918 die 5. deutsche Armee besetzigte, in Asch ermordet worden sei.

Ankunft schwerverletzter deutscher Kriegsgefangener.

Köln, 20. März. (Priv.-Tel.) Wie die „Köln. Ztg." meldet, ist gestern mittag ein weiterer englischer Transport von 300 schwerverwundeten deutschen Kriegsgefangenen angekommen. In zwei Lazarettzügen wurden sie nach Hannover weitergeleitet.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Die Pariser Vorfriedens-Konferenz.

Die voraussichtlichen Bedingungen.

Der als gut unterrichtet geltende Korrespondent der „Daily News" in Paris, Wöhte, bestätigt im großen und ganzen die bisher bekannt gewordenen Berichte über die voraussichtlichen Friedensbedingungen, soweit sie sich auf territoriale Fragen beziehen. Wöhte meint zu wissen, daß Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben werde, daß Frankreich außerdem bedeutende wirtschaftliche Konzessionen im Saartale erhalten, politisch aber das Gebiet bei Deutschland bleiben solle. Die Rheinufer werden entmilitarisiert. Alle Forts und Heeresdepots werden aufgehoben. Die bisher besetzten Gebiete werden autonom erklärt. England und Amerika werden jedoch niemals eine Annektion dieser Gebiete einwilligen. An der deutschen Ostgrenze werden Posen und Teile von Ost- und Westpreußen mit Danzig an Polen fallen. Deutsch-Böhmen bleibe den Tschecho-Slowaken. Trotz des französischen Widerspruchs werde die Konferenz nichts gegen eine Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland einzuwenden haben. Von Schleswig werden zwei Drittel des Gebiets an Dänemark kommen.

Trotz der Bestimmtheit, mit der der Berichterstatter seine Angaben macht, dürften sie bestenfalls den augenblicklichen Stand des Entwurfs widerspiegeln, dem aber vorläufig noch die Zustimmung Wilsons fehlt. Sollten sie diese Zustimmung erhalten, so wäre an die Annahme der Bedingungen durch Deutschland u. C. nicht zu denken.

Den Angaben der „Daily News" über die polnischen Gebietsfragen ist nach dem „Echo de Paris" noch die angeblich zuverlässige Einzelheit hinzuzufügen, daß u. a. auch Konitz, Schneidemühl, Birnbaum, Lissa und Krotoschin polnisch werden und daß außer in Masuren auch im Gebiet von Memel eine Volksabstimmung stattfinden soll, ob die Bevölkerung zu Polen bezw. Litauen kommen will. Diesen Behauptungen steht aber eine Meldung des Pariser „New York Herald" gegenüber, wonach es in dem Bericht der Kommission für die polnischen Ansprüche heiße, daß zwar die polnischen Vorschläge zweifellos sehr gerecht für die Polen seien, aber dennoch ein Hindernis für die Friedensverhandlungen bildeten, besonders wenn sie als ein Präjudiz für die anderen deutschen Grenzregelungen angesehen würden.

Die Frage der deutschen Kolonien wird nach dem „Temps" vom Vorfriedensvertrag ausgeschieden und dem endgültigen Friedensvertrage vorbehalten.

340 Milliarden Entschädigung allein an Frankreich!

Das „Echo de Paris" will von einem maßgebenden Finanzier gehört haben, die gesamte Kriegsentschädigung die Deutschland an Frankreich zu zahlen habe, werde 246 Milliarden Mark betragen. Man werde Deutschland eine Frist von 50 Jahren zur Abzahlung zugestehen. Mit Zins und Zinseszins werde die zu zahlende Summe dann 340 Milliarden Mark betragen. Die Abzahlungen sollen in Terminen von 3—4 Jahren geschehen. Die erste Zahlung soll 1924 stattfinden. Man werde Deutschland dann 10 Milliarden zahlen lassen. Der letzte Betrag von 26 Milliarden werde im Jahre 1972 fällig sein. Das „Echo de Paris" glaubt, daß die Konferenz der Alliierten über diesen Plan beratschlagen werde.

Und dann vermutlich zu dem Ergebnis kommen, daß der Plan von einem Tollhäusler stammt.

Nur annehmen oder ablehnen?

Ein Vorfrieden ohne Debatte?

Berlin, 19. März. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa hat gestern abend folgende Note überreicht:

„Nach englischen Blättermeldungen hat Premierminister Lloyd George erklärt, daß der Friedensvertragsentwurf den Deutschen zugestellt werde, sobald Präsident Wilson seine Genehmigung gegeben habe. Man werde den Deutschen aber nicht gestatten, über den Entwurf zu debattieren oder irgendwelche Veränderungen an ihm vorzunehmen. Das Datum der Einberufung der deutschen Delegierten hänge von der inneren Lage Deutschlands ab.

Zu derselben Zeit hat der französische Minister des Auswärtigen, Pichon, in der wöchentlichen Pariser Pressekonferenz nach übereinstimmenden Meldungen der französischen Presse erklärt, daß die Alliierten sich in keine Debatte über den Vorfrieden mit den Deutschen einlassen werden. Die Deutschen dürften den Vorfrieden ja, wie er ausgearbeitet worden sei, nur annehmen, oder sie könnten ihn auch ablehnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190321-11/fragment/page=0007